

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint jeden Nachmittags, außer an Sonntagen und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Posten frei ins Haus monatlich 210 Mk. Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtspaltige Postzeile oder deren Raum 5,00 Mk., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 4,00 Mark, Reklamen 25,00 Mark. Geschäftsstelle: Johannisstr. 46. Fernruf: 926.



Lübecker Volksbote

Nummer 137

Donnerstag, den 15. Juni 1922.

29. Jahrgang.

Heute Eröffnung der Konferenz im Haag.

Aus dem Haag, 15. Juni.

Die Haager Sachverständigenkonferenz, so wird wahrscheinlich der offizielle Name sein, tritt heute nachmittags um 3 1/2 Uhr im Friedenspalast zusammen zu der vereinbarten Vor-Konferenz. Sie wird nach einer kurzen Begrüßungsansprache des holländischen Außenministers Jongheer van Kannebeed ihre Arbeiten beginnen. Die Konferenz ist so wenig vorbereitet, daß nicht einmal die Frage, wer den Vorsitz führen wird, geregelt ist.

Frankreich beteiligt sich.

SPD. Berlin, 14. Juni.

Die französische Regierung hat sich nunmehr doch entschlossen, an der Haager Konferenz teilzunehmen. Die Teilnahme besteht in der Entsendung einer Delegation ohne Chef mit der Aufgabe, „Hörposten“ zu spielen. Frankreich beginnt also auf der Haager Konferenz mit der Taktik, die es bis zum letzten Tage in Cannes getrieben hat und die ein ausichtsreiches Verhandeln unmöglich macht. Vor der Abreise der Delegation müssen die Kosten für den Haager Aufenthalt von der Kammer bewilligt werden. Poincaré hat keinesfalls die Absicht, aus dieser Angelegenheit eine Vertauensfrage zu machen, da es der französischen Regierung gar nicht unangenehm ist, wenn die Kredite abgelehnt werden und sie dann einen schönen Vorwand für die Nichtbeteiligung der Haager Konferenz hat. — Da Frankreich in der russischen Frage nach wie vor die bereits in Genua offenbarte Auffassung vertritt, wäre eine Ablehnung der Kredite für die Kosten nicht zu bedauern. Wird der vorläufige Beschluß der französischen Regierung, die Konferenz im Haag zu beschicken, von der Kammer durch die Kreditbewilligung bestätigt, und damit zur Tatsache, dann wird man im Haag von neuem unerquickliche Auseinandersetzungen zwischen den Alliierten und Frankreich erleben.

Trotz der Aufrechterhaltung des französischen Standpunktes in der russischen Frage scheint aber in der allgemeinen französischen Politik eine Richtungsänderung sich vorzubereiten. In Blättern, die der französischen Regierung sehr nahe stehen, spricht man nach dem Scheitern der Anleiheverhandlungen sehr viel von einer „Politik der Möglichkeiten“, deren Ziel sein soll, zu versuchen, wie vorläufig ohne internationale Anleihe der deutsche Markt zurück besetzt werden kann. Man sucht also in Paris schon heute gewissermaßen die Brücke zu der Auffassung des Anleihe-Komitees, so daß der baldige Wiederzusammentritt des Morgan-Ausschusses zu erwarten ist. Wie wir erfahren, ist die französische Regierung auch bereit, sich an Verhandlungen, die mit dem Garantiekomitee auf Vorschlag der Reparationskommission über eine kleine Anleihe in Berlin geführt werden sollen, zu beteiligen. Die Notwendigkeit des Handelns in der Reparationsfrage sieht Frankreich also schon ein. Meinungsverschiedenheiten über den Weg, der zu einem Resultat führen kann, bestehen noch zwischen ihm und den Alliierten.

Die Haager Konferenz ohne Amerika.

London, 14. Juni.

Nach einer Washingtoner Meldung soll Staatssekretär Hughes mitgeteilt haben, daß die amerikanische Regierung nicht beabsichtigt, Beobachter zur Haager Konferenz zu entsenden. Die amerikanische Regierung werde sich mit den Berichten der amerikanischen Gesandtschaft im Haag begnügen. Die Haltung der amerikanischen Regierung sei unverändert, trotz der europäischen Bemühungen, die Vereinigten Staaten zu veranlassen, an der Konferenz teilzunehmen.

Eine neue Reparationsnote.

Paris, 15. Juni.

Zur Ergänzung ihres Memorandums vom 31. Mai überreichte die Reparationskommission gestern Abend der deutschen Kriegslastenkommission eine weitere Note. Sie enthält zunächst die Mitteilung, daß das Garantiekomitee mit der Reichsregierung über die Einnahmen- und Ausgabenkontrolle, die Maßnahmen zur Verhinderung der Kapitalflucht und Handhabung der deutschen Staatsschulden verhandeln wird. Daneben sei in der Note vom 31. Mai offen geblieben die Frage der Zwangsanleihe, das Betriebsdefizit der öffentlichen Versorgungsanstalten und die Autonomie der Reichsbank. Zu der ersten Frage wird gesagt, daß die

Reparationskommission Kenntnis genommen habe, von der Erklärung des Reichskanzlers, wonach die notwendigen Maßnahmen getroffen seien, um eine Effektiv-einnahme von mindestens 40 Milliarden bis zum 1. Januar 1923 zu gewährleisten. Zu der Frage des Betriebsdefizits führt die Note aus, daß der ihr überreichte Budgetentwurf keinerlei Einnahme-Erhöhungen aufweise zur Deckung dieser Fehlbeträge. In der Note des Reichskanzlers sei zwar die Aufhebung der bisherigen Zuschüsse an die Verkehrsanstalten angekündigt, es sei aber nichts darüber gesagt, in welcher Weise die Regierung die Mittel zur Beseitigung des Betriebsdefizits aufzubringen gedenke. Die Reparationskommission nimmt weiterhin Kenntnis von der Erklärung des Reichskanzlers, daß die Unabhängigkeit der Reichsbank durch das Gesetz vom 25. Mai 1922 gewährleistet werde. Um die Unabhängigkeit der Reichsbank aber wirksam zu machen, bedürfte es auch der Unabhängigkeit des von ihr beschäftigten Personals. Da das neue Gesetz in einzelnen seiner Bestimmungen unklar sei, wünsche die Reparationskommission die ausdrückliche Zusicherung der Reichsregierung, daß das Gesetz in der vom Reichskanzler angekündigten Weise durchgeführt werde. Sie verzichtet auf die sofortige Durchführung dieser Modifikation, wenn die Reichsregierung ihrerseits verpflichtet, sie auf dem Verwaltungswege vorzunehmen.

Die Note führt dann weiter aus, daß die Unabhängigkeit der Reichsbank nur dann einen wirklichen Zweck habe, wenn dadurch erreicht würde, daß die Vorschüsse der Reichsbank künftig nach den Grundföhen einer gesunden Bankpolitik gewährt werden.

Um die Zwangsanleihe.

Berlin, 14. Juni.

Der Reichswirtschaftsrat befaßte sich im weiteren Verlauf seiner Mittwoch Sitzung nach mit der Zwangsanleihe. Zrl als Vertreter des selbständigen Handwerks tritt für die Hinauffetzung der Freigrenze auf 200 000 Mark ein.

Der Arbeitnehmervertreter der Industrie, Schweizer, stellt den Antrag, den Zinssatz der Zwangsanleihe für die Zeit nach dem 1. November 1925 auf 3 Prozent festzusetzen. (Ausschlußbeschluss 4 Prozent). Dieser Satz solle für die ersten Jahre die kapitalschwächeren Kreise vor Benachteiligungen schützen und bedeute für die spätere Zeit eine gewaltige Ersparnis für die Reichskasse.

Der Arbeitgebervertreter der Banken, Dr. Schwarz, begründet einen längeren Antrag der Arbeitgeber verschiedener Gruppen, das Gesetz in der vom Reichsrat beschlossenen Form nach folgenden Gesichtspunkten zu ändern: Der auf Grund der Vorauszeichnung einzuzahlende Betrag soll zu je einem Fünftel am 1. November und am 1. Dezember 1922, am 2. Januar, 1. Februar und 1. März 1923 eingezahlt werden. Auf hiernach noch nicht fällige Zahlungen im Jahre 1922 wird ein Diskont von 8 Prozent gewährt; für Zahlungen ab 1. Januar 1923 werden 5 Prozent Zinsen berechnet. Die zusätzlichen Abgaben bei falscher Vorauszeichnung sind zu streichen. An ihre Stelle sollen Geld- bzw. Gefängnisstrafen treten. Besondere Vorschriften sollen eine Doppelbesteuerung vermeiden. Ferner wird verlangt, Festsetzung der Lombardsfähigkeit zu den für Staatspapiere geltenden bevorzugten Sätzen, Befreiung von Entschädigungszahlungen des Reichs für Ausgleichs- und Zwangsliquidationsschäden von der Zwangsanleihe und Rückerstattung des über 60 Milliarden Mark hinausgehenden Anleiheertrages.

Dr. Hilferding stellt den Antrag, die Regierungsvorlage wieder herzustellen.

Bei der Abstimmung wurde der Arbeitgeber-Antrag mit 56 gegen 49 Stimmen abgelehnt. Bezüglich der Verzinsung wird der Antrag Dr. Hilferding mit 56 gegen 48 Stimmen angenommen, die Regierungsvorlage wieder herzustellen, die eine Verzinsung vom 1. November 1925 bis 31. Oktober 1930 mit 2 1/2 Prozent und vom 31. Oktober 1930 an mit 4 Prozent vorseht. Der Antrag Zrl wird ebenfalls mit 52 gegen 51 Stimmen angenommen. Im übrigen wird dem Gesetzentwurf gemäß den Ausschlußbeschlüssen, die der Regierungsvorlage entsprechen, zugestimmt.

Börse.

Berlin, 14. Juni.

Am Mittwoch zeigte der Devisenmarkt im Hinblick auf die Erklärung der Regierung, daß sie einem weiteren Rückgang des Marktkurses Einhalt tun wolle, eine schwächere Tendenz. Der Dollarkurs ging zeitweilig bis auf 308 zurück. Amtlich notierten: Kassel Neugörke 312, London 1400, Holland 12100. An der Effektenbörse machte sich angelegentlich der schwachen Haltung der Devisen-Abgabenehung bemerkbar. Die Kurse ordneten ab.

Reichstag.

226. Sitzung vom 14. Juni, 2 Uhr mittags.

Auf der Tagesordnung stehen Interpellationen der Sozialdemokraten und Unabhängigen gegen antirepublikanische Kundgebungen von Angehörigen der alten Armee und Beteiligung der Reichswehr an dazugehörigen Veranstaltungen sowie über die Vorgänge bei der Königsberger Hindenburg-Feier. Die Regierung erklärt sich bereit, die Interpellationen in der geschäftsordnungsmäßigen Frist zu beantworten.

Der Gesetzentwurf zur Erhöhung der Geldstrafe in der Reichsversicherungsordnung und der Angestelltenversicherung auf den zehnfachen Betrag wird ohne Aussprache in allen drei Lesungen angenommen. — Der Gesetzentwurf über Lohnstatistik geht an einen Ausschuss.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfes zur weiteren Entlastung der Gerichte. Der Entwurf will die Vergütung für die Zuständigkeit der Amtsgerichte in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten von 3000 Mark auf 100 000 Mark erhöhen. Gleichzeitig soll die Berufungssumme von 300 auf 1500 Mark und die Beschwerdesumme von 50 auf 300 Mark heraufgesetzt werden. Zur Entlastung des Reichsgerichts auf dem Gebiete der bürgerlichen Rechtspflege soll durch eine Erhöhung der Revisionssumme von 4000 auf 20 000 Mark die Zahl der an das Reichsgericht gelangenden Sachen vermindert werden. — Die Vorlage wird dem Rechtsausschuss überwiesen.

Die zweite Beratung des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes wird hierauf fortgesetzt. — Abg. Leuthäuser (D. Vpt.) fordert eine engere persönliche Führung zwischen Berufsvormund und Mündel. Abg. Dr. Löwenstein (USP.) beantragt für § 1 eine Fassung, die den öffentlichen Charakter der Jugendhilfe festlegt. Die Jugendämter seien wertlos, solange ihnen das Recht der Exekution fehlt.

Abg. Frau Dr. Lüders (Dem.) stimmt dem Gesetzentwurf zu. — Abg. Heide mann (Komm.) lehnt den Gesetzentwurf ab. Staatssekretär Schulz: Ich habe die angenehme Pflicht, dem Hohen Hause für das Wohlwollen, das es diesem Gesetzentwurf von Anfang an entgegengebracht hat, zu danken. Die lange Vorbereitungszeit, die dieser Entwurf erforderte, erklärt sich aus der Mannigfaltigkeit und Schwierigkeit der durch dieses Gesetz zu lösenden Aufgaben. Mit den vom Ausschuss vorgenommenen Änderungen wird die Regierung sich im Hinblick auf die bei den Ausschlußbeschlüssen zu Tage getretene Einmütigkeit einverstanden erklären. Sie bittet aber, jetzt nur noch solche Anträge einzubringen, für die eine Mehrheit sicher ist, damit die Verabschiedung des Gesetzes nicht verzögert wird. — Damit ist die allgemeine Aussprache beendet.

§ 1 wird in der Ausschlußfassung angenommen, ebenso weitere Paragraphen unter Ablehnung unabhängiger und deutschnationaler Anträge. Der Antrag, der das Gesetz schon zum 1. April 1923 in Kraft gesetzt wissen will, findet gleichfalls Annahme. — Auch in dritter Lesung wird das Gesetz angenommen. Das Gesetz über die Zulassung der Frauen zu den Beamten bezw. der Rechtspflege wird dem Rechtsausschuss überwiesen.

Nächste Sitzung Freitag 2 Uhr: Anträge, Zwangsanleihe, keine Vorlagen. — Schluß nach 6 1/2 Uhr.

Das ungarische Wahlergebnis.

Budapest, 13. Juni. (Uz.)

Die Regierungsparteien zählen nach der letzten amtlichen Statistik nunmehr 162 Mandate, die Opposition 72 Mandate. Die stärkste Oppositionspartei ist die sozialdemokratische mit 24 Mandaten.

Ohne den schamlosen Terror auf dem platten Lande, von dem die Budapester „Volksstimme“ seitenslang Verhaftungen und Verschleppung sozialistischer Wähler, ihre Aussperrung aus den Wahllokale, ihre Bedrohung mit Entziehung der Brotkarten usw. berichtet, hätten die Sozialdemokraten weit mehr Mandate errungen. Immerhin können die ersten Sozialdemokraten stolz über den schwer erkämpften Sieg in den Prunkpalast an der Donau einziehen, die so viele Leiden ihrer Parteigenossen Stromabwärts getragen hat — Opfer der blutbeladenen Horthy-Banden, denen wiederum der kommunistische Terror den Weg bereitet hat.

Italienischer Parteirat gegen Fraktion.

Rom, 13. Juni.

Der Bundesrat der sozialistischen Partei hat die von der Kammergruppe und dem Gewerkschaftsbund angenommene Tagesordnung Zirardini für Unterstützung einer geeigneten Regierung einstimmig verworfen und mit 13 gegen 6 Stimmen bei 5 Enthaltungen eine Tagesordnung angenommen, in der die Haltung der Kammergruppe kritisiert und daran erinnert wird, daß sie das Volksgesetz der sozialistischen Partei zu bleiben habe. Der Gewerkschaftsbund wies auf die Haltung des Bündnisvertrages mit der Partei hin, um die vom Mailänder Kongress aufgestellten unerschütterlichen Grundföhen einzuhalten. Die Zeitung

„Pase“ schreibt, daß die sozialistische Kammergruppe trotz dieses Beschlusses des Landrats die Mitarbeit auf eigene Verantwortung und mit Unterstützung des Gewerkschaftsbundes durchführen werde, der sich von der sozialistischen Partei losage.

Damit hat die Richtung Serrati einen „Sieg“ errungen, der für die italienische Arbeiterklasse verhängnisvolle Folgen haben kann. Nicht allein das Zusammenarbeiten zwischen Partei und Gewerkschaften, sondern auch die Einheit der Partei selbst erscheint nunmehr gefährdet, da die realpolitisch denkenden Elemente des Proletariats nicht geneigt sind, sich weiter dem blinden Sektarismus eines bolschewistischen Parteiverstandes zu fügen, der die Hauptschuld an der bisherigen katastrophalen Entwicklung der Dinge trägt.

Das tragische Schicksal Oesterreichs.

In der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ veröffentlicht der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Wiens unter Hinweis auf die schwere Wirtschaftskrise einen Aufruf zu massenhafter Beteiligung des arbeitenden Volkes an den Versammlungen am nächsten Freitag abend, worin Forderungen der Arbeiterschaft an die Regierung erhoben werden sollen. Den Versammlungen werde eine Resolution vorgelegt werden, in der es heißt: Die Gefahr des Ausbruches von Verzweiflungsstimmungen in der Arbeiterschaft naht. Die Versammlung macht die Regierung, die Unternehmer und die bürgerlichen Parteien nachdrücklich darauf aufmerksam, daß die Lage der Massen unerträglich geworden sei, ihre Geduld zu Ende ist und alle Mahnungen der Vertrauensmänner zur Besonnenheit schließlich an der Verzweiflung und Erbitterung der Massen abzurufen drohen, wenn nicht schleunigst der Entwertung des Geldes eine Schranke gesetzt wird. Seit anderthalb Jahren, heißt es in der Resolution, hält uns die Entente mit unerfüllten Kreditversprechungen hin. Kann und will die Welt uns nicht helfen, dann kann sie uns auch nicht daran hindern, in Deutschland Hilfe zu suchen. Die Arbeiterschaft ist bereit, im Falle eines Scheiterns der gegenwärtigen Kreditverhandlungen den Kampf um den wirtschaftlichen Anschluß an Deutschland aufzunehmen.

Der Freispruch in Offenburg.

Unter dem Titel „Die Bilanz der Rechtsprechung“ hat Genosse Erich Kuttner etwa 50 diesjährige politische Prozesse zusammengestellt, in denen die preußische Justiz verlagert und ihre politische wie sozial reaktionäre Grundeinstellung deutlich an den Tag gelegt hat. Gerade heute gibt sich wieder ein reaktionäres Blatt, die „Deutsche Tageszeitung“, die Mühe, das Material dieser Prozesse als gänzlich belanglos hinzustellen. Wenn man wie die „Deutsche Tageszeitung“ und ihr hiesiger Chefredakteur Paul Becker den Mandatbeamten auf Scheidemann für einen harmlosen Demonstranten, Scheidemanns Wöhrer aber als Totschlagsversuch auffaßt, dann freilich erscheinen einem die Sprüche der preußischen Richter als gerecht und die Kritik daran unfruchtbar.

Das Schwurgericht in Offenburg, vor dem der organisierte Arbeiter des Erzberger-Werkes, der frühere Kapitänleutnant Klinger Hand, hat die Unschuld der Reaktion ebenso erfüllt, wie das preußische Gericht in politischen Prozessen stets getan haben. Gewiß, eine Anzahl von Prozessen, in die kein politisches Element, kein Stück Klassenkampf hineinspielt, werden jahraus, jahrein korrekt nach dem Gesetze entschieden. Aber wenn in jedem großen politischen Prozeß die Justiz schamlos verlagert, wenn alle reaktionären Wöhrer und Meinungsänderer — man denke nur an Marlow und Kessel — freikommen, dann bleibt es bei der Feststellung, daß wir eine schmachvolle höfenzollernische Klaffenjustiz haben und nicht eine wirkliche republikanische Regel der Gerechtigkeit.

Aber es sind auch vielfach Schwurgerichtsurteile, um die es sich handelt. Es waren doch Männer aus dem Volke, die das Urteil gesprochen haben! Ob Staatsanwalt mit gelehrten Richtern oder Schwurgericht mit Laienrichtern, die Auswahl des Richtersonals ist in jedem Falle ganz einseitig. Kein Mann aus der Arbeiterschaft ist auf der Geschworenenbank, und unter den vielen Tausenden deutscher Richter gibt es noch nicht ebenso viele Duzend Sozialisten und noch nicht ebenso viele Sozialdemokraten. Die Geschworenenliste faßert das Landgerichtspräsident. Die Geschworenenbank faßert der Staatsanwalt. Beide sorgen dafür, daß wenn schon einmal das Amtsgericht in der Weise der Schöffen eine Anzahl Arbeiter hat, sie jedenfalls nicht bis zur Geschworenenbank vordringen. Die über den Helfershelfer der Erzbergermörder zu urteilen hatten, waren alles Bauern und es werden nicht wenige darunter gewesen sein, welche die Empfindungen der Münchener Geheimbündler gegen Erzberger durchaus teilen.

Wäre der Freispruch Klingers ein Einzelfall, so könnte man abgesehen davon, es sei den Geschworenen der Beweis nicht lächerlich erschienen, daß wirklich bemühte Beweise aber bewährter Beweis für die Erzberger-Wöhrer vorlag. Aber der Freispruch Klingers ist nur eine von jetzt schon hunderten dazwischenfallender Fälle, in der Justiz der letzten Jahre, und jeder neue dazwischenfallende Fall verstärkt deshalb den Ruf nach einer Reform der Justiz an Haupt und Gliedern, nach einer gründlichen Demokratisierung der Justiz- und Laienrichter.

Die politische Lage in Sachsen.

(Von unserem Korrespondenten.)

SPD. Dresden, 11. Juni.

Gegenwärtig finden im Freistaat Sachsen Einigungen für ein Volksbegehren auf Auflösung des am 11. November gewählten Landtages statt. Der Antrag auf Auflösung ist von der Deutschen Nationalen und Deutschen Volkspartei gestellt, das Begehren wird außer von diesen beiden Parteien von den Demokraten und vom Zentrum unterstützt. Am 11. Juni ist Schluß für die Einzeichnung, die ohne Beteiligung der SPD, USP, USV, USF und die nur wirksam ist, wenn 10 Prozent der bei der letzten Landtagswahl eingetragenen Wahlberechtigten — das sind 293 568 — sich an der Einzeichnung beteiligen. Die gegenwärtigen Parteien werden jedenfalls die erforderliche Stimmenzahl aufbringen, so daß die aus dem Gesetz vom 8. März entspringenden Formalitäten durchgesetzt werden müssen. Frühestens kann der Volksentscheid am Sonntag, dem 17. September stattfinden. Beteiligt sich keine 50 Prozent der Wahlberechtigten, das sind 1 469 773 dann ist der Volksentscheid ungültig; andernfalls würde die notwendige Resolution des Landtages für Mitte Dezember als frühesten Termin ausgeschrieben werden können.

Während seiner 15monatigen Tätigkeit hat der Landtag in 110 Sitzungen 136 Beschlüsse und Gesetzentwürfe der Regierung mit wechselndem Erfolg, überwiegend aber mit

der schwachen Mehrheit der Linksparteien erledigt. Der Haushaltsplan für 1921 und 1922 ist fast durchberaten, in den meisten Kapiteln bereits angenommen. Unerledigt sind noch Polizei- und Justizetat. Bei der Abstimmung über den Justizetat in zweiter Lesung fanden sich die Rechtsparteien und die Kommunisten zusammen. Durch die nachträgliche Erklärung der Kommunisten, daß sie nicht gegen die Bewilligung des Justizministeriums stimmen wollten, konnte die erfolgte Abstimmung nicht rückgängig gemacht werden. Die Rechtsparteien suchten diese Gelegenheit auszunutzen und reichten schleunigst einen Antrag auf Auflösung des Landtages ein, der aber mit 48 gegen 47 Stimmen abgelehnt wurde. Damit war jedoch noch keine Klärung der Lage geschaffen, denn die Rechte will den Etat „dieser Regierung“ grundsätzlich ablehnen. Sie findet in ihrem Bestreben die gesuchte Hilfe bei den Kommunisten, die sich gleichfalls ablehnend verhalten wollen und so den Sturz der sozialistischen Regierung herbeiführen, wenn nicht die von außen suggerierten Forderungen: 1. Amnestie, 2. Verbot der technischen Rüsthilfe, 3. Entmilitarisierung der Polizei, 4. Heranziehung der Betriebsvollversammlungen zur Gesetzgebung — bis zur endgültigen Abstimmung erfüllt sind. Die sozialdemokratischen Fraktionen haben im Einverständnis mit der Regierung den Kommunisten gewisse Zugeständnisse gemacht, mußten jedoch eine restlose Erfüllung der Forderungen insbesondere eine Heranziehung der Betriebsrätevollversammlung zur Gesetzgebung ablehnen. Diese Haltung findet in der sächsischen Arbeiterschaft volles Verständnis. Die Chemnitzer Betriebsräte lehnten z. B. die Einberufung eines von kommunistischer Seite geforderten Betriebsrätekongresses zwecks Stellungnahme zur „politischen Krise“ ab und erklärten u. a., daß sie die politischen Zusagen der SPD und USP, an die Kommunisten für ausreichend betrachteten. In der angenommenen Resolution heißt es u. a.: Die Betriebsräte des Industriebezirkes Chemnitz würden es nicht verstehen, wenn durch Ablehnung des Polizei- und Justizetats durch die Kommunisten die Existenz der sozialistischen Regierung und die sozialistische Mehrheit in Frage gestellt würde.

Die nächsten Tage bringen die Entscheidung. Trifft die Regierung wegen Nichtbewilligung des Finanzgesetzes oder einzelner wichtiger Etatkapitel zurück, dann wird sich der Landtag selbst auflösen. Die sozialdemokratische Partei wird dann auch den Zeitpunkt der Neuwahlen bestimmen, nicht die Rechtsparteien. Die sozialdemokratische Partei Sachsens ist bereit einen Wahlkampf zu führen, umso mehr als sie eines Erfolges sicher ist.

Die Steuerdrückbergerei der Hohenzollern.

Gestern wurde durch einen Vertreter des Reichsfinanzministeriums die sozialdemokratische Anfrage über den Steuerreifer der Hohenzollern im Reichstag beantwortet. Neuerdings ist es ja üblich geworden, daß bestimmte Reichsministerien nie zugehen, daß ihnen irgendwelche Versehen unterlaufen sind oder daß sie sich Nachlässigkeiten haben zuschulden kommen lassen. Es wird dann unter allen Umständen „nachgewiesen“, daß die Anfragenden im Unrecht und die Befragten reiflos im Recht sind. So ist es auch diesmal gekommen. Das Reichsfinanzministerium ließ antworten wie wir schon gemeldet haben, daß die Hohenzollern Steuern zahlen und daß sie, wie jeder andere Steuerpflichtige, nach Maßgabe der geltenden Steuer Gesetze behandelt werden.

Der „Vorwärts“ ist nun in der Lage, an der Hand verschiedener Dokumente, die von Ende Mai und Anfang Juni dieses Jahres datieren, nachzuweisen, daß der Hohenzollernische Haushalt und die Hohenzollernische Güterverwaltung, die sogenannte Hofkammer, trotz der Verfügungen des Reichsfinanzministeriums bisher überhaupt keine Steuern bezahlt haben, im besonderen die Hofkammer gibt sich sogar ungeniert und mit vielem Erfolg Mühe, der Steuerbehörde riesenhafte Beträge zu entziehen.

So sind im Jahre 1920 auf den Hohenzollernischen Gütern 28 Millionen Mark Reingewinn der Hofkammer zur Verfügung gestellt worden. Sie hat daraus zehn Millionen Mark, um den von der Einkommensteuer erfassten Reingewinn zu verringern, abgezogen. Jetzt hat sie ihn wieder durch Ueberweisung an die Landesverwaltung und an ihre Hofverwaltung zur Verbesserung der Substanz und des Lebens und toten Inventars“ verschwinden lassen. Im Jahre 1921 hat sie aus den Hohenzollernischen Gütern 60 Millionen Mark Reingewinn erzielt. Auch hierin hat sie bisher nicht nur keinen Pfennig Steuern gezahlt, sie hat auch keinerlei Rückstellungen zur Erfüllung ihrer Steuerpflicht vorgenommen.

Wie ist dann aber diese Antwort des Reichsfinanzministeriums überhaupt möglich? Ganz einfach. Das Reichsfinanzministerium hat mit einer geschickten Handbewegung die von uns erwähnten großen Teile des Hohenzollernvermögens in ihrer Antwort ausgelassen und hat nur davon gesprochen, daß die Angehörigen des Hauses Hohenzollern ihr Privatvermögen veräußern. Das Privatvermögen der Mehrzahl der Mitglieder der Hohenzollern ist nicht hoch, weil der Grundstock des Hohenzollernvermögens hausgesetzlich gebunden ist und nur Wilhelm von Doorn zur Verfügung steht. Aus ihm bekommen die einzelnen Mitglieder der Hohenzollern-Familie natürlich auch Zuwendungen. Weder sie, noch die großen Vermögenswerte, die sich Wilhelm hat nach Doorn kommen lassen, sind bisher verpfändet worden. In der Frage der Steuerpflicht der Hohenzollern wird noch sehr ernsthaft Remedur geschafft werden müssen.

Für Staatsbeamte und Arbeiter.

Die dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und Flottenverband angehörenden Verbände, soweit sie Reichs-, Staats- und Kommunalbeamte und Arbeiter organisieren, haben der Reichsregierung nachstehende Eingabe überreicht:

„Infolge der rapiden Geldentwertung und der damit verbundenen fragenden Teuerung sehen sich die unterzeichneten Organisationen veranlaßt, an die Reichsregierung das dringende Ersuchen zu richten, baldigst Vergütungsangelegenheiten über eine angemessene Erhöhung der Bezüge des Personals, einschließlich der Pensionäre, Witwen und Weisen, der Reichs-, Staats- und Kommunalbeamten.“

Die Organisationen beabsichtigen, der Regierung konkrete Vorschläge über die Neuregelung der Bezüge des Personals bei Beginn der Verhandlungen zu unterbreiten und sehen einer baldigen Erledigung zu den besten entgegen.

Da der Reichstag voraussichtlich nur bis zum 28. d. Mts. liegen wird, dürfte käufliches Handeln geboten sein, und um Zeit zu sparen, halten es die unterzeichneten Organisationen für zweckmäßig, wenn diesmal zuerst über die Arbeiterlöhne verhandelt wird.

Wir wir hören, dürften bei den voraussichtlich im Laufe der nächsten Woche stattfindenden Verhandlungen mit der Regierung auch die Beamtenverbände beteiligt sein, die am 18. Juni in Leipzig den neuen Allgemeinen Deutschen Beamtenbund gründen.

Der Kurs der Reichsgewerkschaft.

SPD. Berlin, 14. Juni.

Von bürgerlicher Seite wurde vor einigen Tagen eine Meldung verbreitet, die von einer „Zersplitterung“ der Beamten sprach. Der Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes, der mit dieser Meldung in Zusammenhang gebracht und als der Haupttreiber für die Gründung eines gewerkschaftlichen Beamtenbundes genannt wurde, teilt uns hierzu folgendes mit: „Schon die Ueberschrift „Der Anschluß der Reichsgewerkschaft der Eisenbahnbeamten und Angewandten an die sozialistischen Gewerkschaften“ fordert zum Widerspruch heraus. In der Notiz selbst wird ausgeführt, daß die erweiterten Vorstände der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und Angewandten und des Deutschen Eisenbahnerverbandes in den nächsten Tagen in Leipzig zusammentreten und eine gemeinschaftliche Beschlusse der Tagung, sowie auch des vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund einberufenen Gewerkschaftskongresses stattfinden soll. Demgegenüber ist festzustellen, daß von einer Vertretung der Reichsgewerkschaft auf dem Gewerkschaftskongress keine Rede ist und daß die Reichsgewerkschaft mit diesem Kongress nicht in Verbindung gebracht werden kann. Weiter wird darauf hingewiesen, daß der Deutsche Eisenbahnerverband der Reichsgewerkschaft einen erheblichen Beitrag zugunsten der gemäßigten Beamten zur Verfügung gestellt habe. Durch diese Behauptung soll offenbar der Eindruck erweckt werden, als habe der D. E. V. die Reichsgewerkschaft gewissermaßen gekauft. Auch diese Behauptung ist erfunden. Bei den Verhandlungen zwischen beiden Organisationen ist von der Reichsgewerkschaft ausdrücklich festgestellt worden, daß es nicht finanzielle Schwereitäten waren, die sie an den Verhandlungstisch brachten. Zum Schluß wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die übergroße Mehrheit der Reichsgewerkschaftsmitglieder den neuen Kurs nicht mitmachen. Demgegenüber ist festzustellen, daß die Mehrheit der Beamtenschaft den alten vom Deutschen Beamtenbund eingeschlagenen Kurs nicht mehr mitmacht, weil er in den Abgrund führt. Deshalb wird das Gros der Beamten, sobald darüber vollständige Erklärungen vorliegen, den Weg in die neue, auf streng gewerkschaftlicher Grundlage stehende Beamtenorganisation finden. Hingugefügt werden kann, daß die neue gewerkschaftliche Spitzenorganisation der Beamten in parteipolitischer und religiöser Beziehung völlig neutral ist.“

Die Untersuchung gegen Hermes.

Propagandawein.

Der „Soz. Parlamentsdienst“ schreibt:

Der Untersuchungsausschuß des Reichstages in Sachen des Reichsfinanzministers Hermes schloß heute den Teil seiner Untersuchungen ab, der sich auf den Fall Augustin bezieht. Zwei Fragen wurden vorgelegt:

1. Ist dem Minister ein Vorwurf daraus zu machen, daß er weder zur rechten Zeit noch in der richtigen Weise gegen Augustin vorgegangen ist? — Die Frage wurde von 5 Ausschussmitgliedern verneint, von einem bejaht, ein Abgeordneter enthielt sich der Stimme.

2. Ist dem Minister Hermes ein Vorwurf daraus zu machen, daß er Augustin trotz mehrfacher Verfehlungen zum Ministerialdirektor ernannt hat? — Auch diese Frage wurde mit dem gleichen Stimmenverhältnis verneint.

Der Ausschuß legte dann die Untersuchung wegen der billigen Weinlieferungen an Hermes fort. Der Direktor des Winzerverbandes der Mosel, Saar und Rur legte eingehend dar, daß der Verband in zahlreichen Fällen an solche Persönlichkeiten billig Wein abgegeben habe, wo man erwarten konnte, daß die Befestigung der Propaganda dieser Weine dienlich sei. Wenn die Weine der Mosel, Saar und Rur auf den Tisch von einflussreichen Leuten kämen, wo zahlungsfähiges Publikum verkehre, so sei das dem Vertrieb der betreffenden Weine von Nutzen.

Ebert besucht Völkmar.

Auf der Rückfahrt vom Malchensee-Kraftwerk hat der Reichspräsident Ebert unserem alten Genossen Georg v. Völkmar am Malchensee einen Besuch abgestattet. Genosse v. Völkmar einst der unbestrittene Führer der bayerischen Sozialdemokratie und eine der markantesten Persönlichkeiten der Gesamtpartei, liegt seit Jahren vollständig gelähmt darnieder. Auch seine Gattin ist infolge eines Schlaganfalls gelähmt. Jahrelange Freundschaft hat den Sozialdemokraten Ebert mit dem Sozialdemokraten Völkmar verbunden. Dieser Freundschaft gab er jetzt bei seiner amtlichen Reise einen Ausdruck.

Der Reichstagsausschuß für Kriegsbeschädigten-Fragen beschloß am Mittwoch mit dem Gehehrentwurf über Teuerungsmassnahmen für Militärrentner. Die Regierungsvorlage sah einen Ausschluß derjenigen Beschädigten von dem Genuß dieser Teuerungsmassnahmen vor, deren Erwerbsfähigkeit um weniger als 50 % gemindert ist. Auf Antrag des Abg. Genossen Meier-Zwidau beschloß der Ausschuß, die Teuerungsmassnahmen schon bei einer Erwerbsunfähigkeit von mehr als 30 % zu gewähren. Auf Antrag des Unabhängigen Abrecht wurde in der Regierungsvorlage die Bestimmung gestrichen, die Witwen von den Teuerungsmassnahmen ausschließen wolle, sofern sie weder erwerbsunfähig noch einer erwerbsunfähigen Witwe gleichgestellt sind.

Das Besinnen des Abgeordneten Dämmig hat sich infolgedessen gebessert, als Lebensgefahr nicht mehr vorliegt. Er ist bei Besuchen, jedoch ist die ganze linke Körperseite gelähmt. Die Ärzte erklären, daß Dämmig sich ein halbes Jahr von jeder parlamentarischen Tätigkeit fernhalten muß.

Der Schiedspruch in der Berliner Metallindustrie abgelehnt. Der Schiedspruch in der Berliner Metallindustrie ist von den Arbeitnehmern bei der am 12. Juni vorgenommenen Urabstimmung mit Dreiviertelmehrheit abgelehnt worden. Nach dem bisher bekannt gewordenen Ergebnissen haben 228 Betriebe mit 80 498 Stimmen abgestimmt. Für die Annahme waren 18 227 dagegen 60 904 und ungültig 1367 Stimmen. Die gewerkschaftlichen Verwaltungsorgane werden über die nunmehr gescheiterte Lage Beschlüsse fassen.

Tagung der deutschen Lokomotivführer. In Würzburg begannen gestern die Verhandlungen deutscher Lokomotivführer. Der Kongreß sprach dem Vorsitzenden ein Vertrauensvotum aus. Gleichzeitig erklärte der Kongreß es für seine Pflicht, für die Gemäßigten, etwa 25 der Kreis- und Ortsgruppenvorsitzenden einzusetzen. In den Reichstagen wurde ein Telegramm gerichtet, an der die Gewerkschaft die Einigung des Schiedspruches vom 7. Februar in der Frage der Beamtenmaßregelung erwartet.

Das Prälatenministerium in Oesterreich.

(Von unserem Wiener Korrespondenten.)

Wien, den 12. Juni.

Das Ministerium Seipel, das schwärzeste Ministerium, das Oesterreich bisher gehabt hat, ist von dem Gesichtspunkt aus, daß endlich Klarheit geschaffen wird, durchaus zu begrüßen. Denn der Herr Prälat und päpstliche Güntling Dr. Seipel wird nicht erst dadurch, daß er das Amt des Bundeskanzlers übernimmt, der Venter der österreichischen Politik. Schon seit den Oktoberwahlen des Jahres 1920, bei denen die Christlichsozialen zur stärksten Partei wurden, hat er hinter den Kulissen die Drähte gezogen, und so durfte in der Führung der Regierungsgeschäfte nichts geschehen, wozu er nicht seine Zustimmung gegeben hätte. Aber es paßte den Christlichsozialen, das ist Herr Seipel, nicht, selbst die Verantwortung zu übernehmen. Sie hatten in den Wahlen allzu viel versprochen, wovon sie wußten, daß sie es nicht erfüllen können: hatte doch Herr Dr. Seipel noch wenige Wochen nach den Wahlen versprochen, daß man in ganz kurzer Zeit die Krone stabilisieren werde. Statt dessen ist dann die Krone nahezu von einem Tag zum andern tiefer gestürzt, so daß sie jetzt nur noch ein Sechzigstel jenes Wertes hat, den sie am Ende der Koalitionsregierung hatte. Hebung des Kronenturms, Einstellung der Inflation, Abbau der Preise, das alles hatten die Christlichsozialen den Wählern versprochen. Aber sie wußten, daß sie das aus objektiven Gründen — weil der niedrige Kronenturm die Folge einer durchaus passiven Handelsbilanz ist, und aus subjektiven Gründen — weil sie das einzige Mittel, das einigermaßen Erfolg bringen kann, die starke Belastung des Kapitals, nicht anwenden können — nicht erfüllen können. Also weigerten sich ihre Führer, selbst die Regierung zu übernehmen, weil der Bankrott der Regierung dann gar zu offen der Bankrott der Christlichsozialen Partei gewesen wäre.

Deshalb ging ihr ganzes Streben dahin, zwar selbst zu regieren, das aber doch dadurch zu verschleiern, daß die Regierung formell von „unparteiischen“ Beamten geführt wurde. In Wirklichkeit haben diese Beamten, zum größten Teil ausgesprochene Klerikale oder, soweit sie es, wie z. B. der letzte Bundeskanzler Dr. Schöber nicht waren, durch eine ausgiebige Kontrolle, die von Dr. Seipel selbst befohlen wurde, dafür gesorgt, daß kein „Unglück“ geschehen konnte. Daß auch einige Politiker der Regierung angehörten, war weniger der Kontrolle wegen, als um die vornehmlichsten Streber der beiden koalitierten bürgerlichen Parteien zu befriedigen. Ohne daß wenigstens ein Großdeutscher der Regierung angehörte, waren ja auch die Großdeutschen kaum bei der Koalition zu erhalten, und auch von den Christlichsozialen wußten irgendwelche, die nicht zum engen Kreise um Seipel gehörten, durch Verleumdungen von Ministerpostenfeindes den Schein von Macht erhalten, um sie darüber hinwegzuführen, daß die mittlere Macht eben in den Händen Seipels konzentriert war. So konnte Seipel lange den Großdeutschen Dr. Waber als Minister des Innern dulden, da dieser gerade in der wichtigen Frage der Ehescheidung seinen Befehlen durchaus gehorcht war, und so konnte er dem christlichsozialen Finanzminister Dr. Girtler

erlauben, sich in Tiraden gegen das Großkapital und die Börse zu ergehen, da er dafür sorgte, daß diesen Worten keine Taten folgten.

Aber gerade durch diese beiden parlamentarischen Minister, der sogenannten Beamtenregierung, ist dann der Sturz dieser herbeigeführt worden. Als die Regierung in Lona ein besseres Einvernehmen mit der Tschechoslowakei vertragsmäßig vereinbarte — die Christlichsozialen konnten den Vertrag nicht ablehnen, da er mit einem Anleihen an Oesterreich verbunden war — sprang der großdeutsche Minister aus, und als dann im Frühjahr der Kurs der Krone immer tiefer stürzte und damit die Unfruchtbarkeit der Regierungspolitik zutage trat, mußte auch der christlichsoziale Finanzminister gehen, und ihm mußte bald auch der Bundeskanzler folgen.

Nun bleibt dem wirklichen Leiter der Politik nichts anderes übrig als auch formell die Führung der Regierung zu übernehmen. Es ist kein Zweifel, daß er sich nur schwer dazu entschlossen hat, sowohl persönlich die bürokratische Arbeit des Regierens als auch politisch die Verantwortung des Regierens zu übernehmen. Da aber nichts anderes übrig blieb, hat er sich ohne viel Widerstreben dazu entschlossen. Da aber die Christlichsozialen nicht die Mehrheit des Nationalrates sind, so mußten auch die Großdeutschen in die Regierung aufgenommen werden. Aber Herr Dr. Seipel wäre nicht der geliebte Jesuit, wenn er nicht dabei vornehmlich an seine Parteigeschäfte gedacht hätte. Das Ministerium des Innern und das der Justiz und auch die Bizetanzler-Schaft hat er ihnen ohne weiteres überlassen, aber das Unterrichtsressort wurde einem Christlichsozialen, und zwar einem von der schwärzesten Färbung, übergeben. Allerdings lag es auch im Interesse der seither schwankenden Politik der Großdeutschen, das Unterrichtsressort nicht in Anspruch zu nehmen, da sie ja dann hätten Farbe bekennen müssen, ob sie für die Klerikalisierung der Schule sind — welcher Unannehmlichkeit sie eben ausweichen können, wenn sie die Schule gleich den Klerikalen hinwerfen.

So hat Herr Dr. Seipel seine Regierung aus seinen Getreuen bilden können. Und er hat dabei selbst in seiner Partei von den Getreuen nur die Getreuesten genommen. Man kann ruhig sagen, daß, wenn jetzt die Christlichsozialen am Ruder sind, es gerade ihre schwärzeste, ihre klerikalste, ihre reaktionärste, ihre kaum noch verkappt monarchistische Gruppe ist, die an der Macht ist. Jene Gruppe, die sich um ihr Zentralorgan, die „Reichspost“, gruppiert und die schon jetzt die Wiener Christlichsoziale Partei fast vollständig repräsentiert, die aber auch den demokratischen bürgerlichen Flügel durch die Pfaffen beherrscht und dadurch, daß sie die bürgerlichen Klasseninteressen ohne jede Scham vertritt. Es ist aber auch jene Gruppe am Ruder, die über die Macht der Arbeiterklasse empört ist und, um diese Macht im Interesse der alten Mächte zu brechen, auch mit den industriellen Scharfmachern Hand in Hand gehen will.

Es stehen der Arbeiterschaft also heftige Kämpfe bevor gegen diese Regierung, die die politische, kulturelle, soziale Reaktion vertritt. Aber trotzdem freut sich die Arbeiterschaft, daß sie nun den Feind sieht und daß sie nicht mehr eine verantwortungslose Beamtenregierung gegenüber hat, während der Feind im Verborgenen die Fäden zieht.

Die Aussichten der Zuckerverföorgung.

Nachdem man sich in Deutschland mit der Tatsache der Verschöbung eines großen Teiles der inländischen Zuckervorräte wie mit einem unabwendbaren Naturereignis abgefunden hatte, legte man noch einige Hoffnungen auf die Freigabe der Einfuhr von Auslandszucker. Anscheinend werden wir aber auch in dieser Beziehung eine Enttäuschung erleben. Aus der Tschechoslowakei, auf deren Hilfe man hauptsächlich gerechnet hatte, kommen bereits recht eigenartige Meldungen, die diese Hoffnungen stark herabmindern. Die tschechische Zeitung „Narodni Listy“ stellt nämlich fest, daß auch dort wenig Neigung zu Zuckerverkäufen ins Ausland besteht. Man bringt dies mit dem „unerzürlichen Stand der Zuckerrübe“ und mit der Tatsache in Zusammenhang, daß „aus den benachbarten Staaten größere Kaufaufträge eingelaufen“ sind. Derartige Meldungen deuten darauf hin, daß es in der Tschechoslowakei ebenso gerissene Zuckerpelantanten gibt wie anderwärts. Diese wissen ganz genau, daß Deutschland dank seiner entwerteten Valuta Zucker höchstens aus Böhmen beziehen kann, und sie bereiten schon jetzt die Desfentlichkeit in geschickter Weise auf unerhörte Preisforderungen vor. Angehts dieser Tatsache wird man sein Augenmerk in stärkerem Maße auf die Aussichten der inländischen Zuckereinte richten müssen. Im letzten Vorkriegsjahre betrug die gesamte Zuckerrübenenernte im Deutschen Reich heutigen Umfanges 436 000 Hektar. In der Kriegs- und Nachkriegszeit ging sie bis auf 60 % des Vorkriegsstandes, das heißt auf 261 600 Hektar im Jahre 1920, zurück. Im Jahre 1921 stieg die Erntefläche auf 336 205 Hektar und im laufenden Jahre dürften bereits rund 362 000 Hektar für die Zuckerrübenenernte in Betracht kommen, das sind ungefähr 83 % des Standes der Vorkriegszeit. In der diesjährigen Zuckerpampagne werden voraussichtlich in 269 Fabriken Rüben auf Zucker oder Saft verarbeitet werden. Wenn man bedenkt, daß Deutschland in der Vorkriegszeit von seiner alljährlich etwa 23 Millionen Doppelzentner betragenden Zuckerverzeugung ungefähr die Hälfte in das Ausland verkaufte, so wird ohne weiteres klar, daß die diesjährige Zuckerverzeugung den Inlandsbedarf einschließlich des Verbrauchs der Industrie reichlich decken müßte, wenn alles mit rechten Dingen züginge. Da die sichtbaren Inlandsvorräte gegenwärtig auf ein Minimum zurückgegangen sind und die Zuckerkonsumtion der Schokoladen- und Likörfabriken sowie gewisser Händler und auch gutkultivierter Privatpersonen andauernd, wird natürlich die Knappheit am Zuckermarkt bis zum Erscheinen der ersten Erzeugnisse der neuen Ernte im Verkehr sich noch weiter verschärfen. Dementsprechend wird man natürlich auch den Zuckerpreis auf eine unsinnige Höhe hinaufstreben, und nach allen bisherigen Erfahrungen ist leider anzunehmen, daß selbst eine ergiebige Ernte diesen Preis kaum herabdrücken würde. Bei aufmerksamer Betrachtung der inländischen Zuckerverzeugung und des tatsächlichen Bedarfs ergibt sich also das betrübende Resultat, daß Deutschland bereits wieder bedeutend mehr Zucker produziert als es selbst verbrauchen kann, daß aber für den gewöhnlichen Sterblichen, der darauf angewiesen ist, seinen Bedarf durch pfundweisen Einkauf im Kleinhandel zu decken, ein Zuckermangel besteht.

Die Männer der nationalen Tat.

Dieser Lage nahm Herr Helfferich in der Rechtspreffe Stellung zum Scheitern der Pariser Anleihenverhandlungen. Endlich, so meinte er, dürfe die Regierung Deutschland nicht länger ruhig dem Abgrund entgegenreiben lassen, endlich müsse sie sich aufraffen zur nationalen Tat. Trotz aller Drohungen und Beschaffen müsse die Reichsregierung halb entschlossen der Reparationskommission mitteilen, daß sie keinen Pfennig mehr zahle, sobald der Dollar einen gewissen Stand, etwa von 200 bis, überstiegen habe. Sonst sinke der Wert deutschen Geldes in die Tief-

sten Abgründe, und große politische und soziale Katastrophen seien unausbleiblich.

Die Gefahren der deutschen Lage hat Herr Helfferich richtig gesehen; es gehörte auch nicht sehr viel dazu, sie zu bemerken. Aber sein Rettungsmittel wäre sofortiger Untergang für Deutschland und würde Frankreich, das jetzt isoliert ist, sofort wieder die Unterstützung der ganzen Welt zutreiben. Klugheit und Einsicht gebieten, auf dem bisherigen Wege der Erfüllungswillens fortzuschreiten, und wenn die Marktwertung fortschreitet, wird dies ein so deutliches Warnungssignal für die Ententemächte sein, daß schließlich vielleicht auch Frankreich den Poincaristischen Geist überwindet.

Uebrigens, Herr Poincare ist nur ein Deutschnationaler, mächtig gut ins französische überseht. Seine These, Machtpolitik zu treiben, nicht Wirtschaftspolitik, ist echt blöde-deutschnational, weil auch er unter Macht immer nur Säbel und Kanonen versteht und an die Macht der Vermunft nie glaubt. Und Poincares Unterscheidung zwischen den Leuten, die lieber bar Geld wollen, wie die Engländer, und den Leuten, die lieber „nationale Politik“ treiben wollen, ist das nicht einfach die Kopie der alten deutschnationalen Unterscheidung zwischen Händlern und Helden? Poincare und Helfferich sind Zwillingbrüder, wenn sie auch eine verschiedene Tricolore um den Leib gewickelt haben.

Jedenfalls war die „Deutsche Tageszeitung“ mit Helfferich ganz auf nationale Taten eingestellt. Nun steht vielleicht die nationale Tat in absehbarer Aussicht. Die wirtschaftliche Katastrophe Oesterreichs ist soweit fortgeschritten, — die österreichische Krone ist etwa 2 Papierpfennige wert — daß sich das österreichische Volk nicht mehr halten läßt. Der ewigen Vertröfungen der Entente laßt es in irgend einer Form und Art Anschluß an Deutschland, um mit uns gutes und schweres Schicksal gemeinsam zu tragen.

Subelt nun die „Deutsche Tageszeitung“ den österreichischen Brüdern entgegen? Im Gegenteil! Im unmittelbaren Anschluß an den Helfferich-Artikel erklärt sie kühl, daß die fast verzweifelte Lage Deutschlands es an und für sich zu einem recht ungeeigneten Retter mache. Aber ganz abgesehen davon bestünde durch die Abhängigkeit Deutschlands von der Reparationskommission ein Hemmnis, das sehr schwer zu überwinden sein dürfte. „Bei aller Sympathie mit der entsehlischen Lage, unserer österreichischen Brüder dürfen wir uns daher nicht zu unbesonnenen Versuchen hinreißten lassen, die ohne irgend jemand zu helfen, die Katastrophe beschleunigen können.“

Die Frage, wie Deutschland Oesterreich helfen kann, muß gewiß sehr ruhig und sachlich geprüft werden. Aber die Helden der nationalen Tat, die beim ersten Anzeichen in der positiven Möglichkeit einer nationalen Tat aus Leibesträften Halt ziehen und mit Windeseile Reissaus nehmen, sind in jedem Falle Ritter von der traurigen Gestalt.

Fahnen, die geschützt werden.

Mutige Zusammenstöße in Jossen.

Am Sonnabend und Sonntag beging der „Verein ehemaliger Waffengeführten“ in Jossen sein 50. Stiftungsfest, verbunden mit Fahnenweihe. Durch Zeitungsberichte war die Bürgerchaft aufgefordert worden, die Häuser zu schmücken und schwarzweißrote Fahnen heranzustellen. Der Aufforderung war im reichsten Maße entsprochen worden. Am Sonnabendabend fand der Festzug statt. Drogen das Gemeindefest die Arbeiter-

schaft aufgefordert hatte, sich in keiner Weise an den Veranstaltungen zu beteiligen und sich nicht provozieren zu lassen, ist es leider doch zu einigen bedauerlichen Zwischenfällen gekommen, wobei auch wieder Blut floß. Ein Trupp der kommunistischen Jugend Groß-Berlins, der die Stadt passieren wollte, hat einige der schwarzweißroten Fahnen heruntergerissen und unter Abfingen der Internationalen verbrannt. Elf der jungen Leute wurden von der Ordispolizei und von Landjägern, die in der statlichen Anzahl von zirka 40 Mann herbeigeilt waren, um die Monarchisten-Fahnen zu schützen, verhaftet und dabei von einigen Bürgern schwer mißhandelt. Die Verhafteten wurden, nachdem ihre Personalien festgestellt waren, dem Amtsgericht zugeführt.

Am Sonntagmorgen rückte eine Reichsmehrkapelle zum Bahnhof, um 200 Hafentrossjünglinge, die von Berlin kamen, in Empfang zu nehmen. An der Spitze des Zuges marschierten ein Reichsmehrfeldwebel mit gezogenem Säbel, dann folgten 22 Mann mit schwarzweißroten Fahnen, die die Inschrift trugen: „Mit Gott für Kaiser und Reich“. Trotdem der Kriegerverein mit Gewehren (Modell 88) bewaffnet und die Hafentrossler Dolche umgeschlakt hatten, wurde der Zug zum Kriegerdenkmal von einer großen Zahl Landjäger begleitet, die jedenfalls verhüten sollten, daß den Kriegern ein Leid geschähe.

In Jossen werden also die Monarchistenfahnen durch starkes Polizeiaufgebot geschützt, und kommunistische Jünglinge, die sich an ihnen vergeifen, werden in Gegenwart der Polizisten schwer mißhandelt. Die bewaffneten Kriegervereine stehen unter polizeilichem Schutz.

In München bringt deutschnationaler Heldensinn es fertig, an den Reichsflaggen seinen Mut zu üben. Die starke Münchener Polizei ist machtlos gegen diesen Terror der nationalistischen Meute.

Der Unterschied liegt auf der Hand und die Erklärung dafür ist kinderleicht. München liegt bekanntlich im kultivierten Bayern, während Jossen in der Nähe von Berlin liegt und deshalb schon verdächtig ist.

Monarchistische Nervenchwäche.

Das republikanische Provinzial-Schulkollegium.

Man schreibt uns: Ein junger Studienrat an der staatlichen Schiller-Schule in Jüterbog, Johannes Werdemann, der sich durch nationalistische Propaganda am Orte „auszeichnet“, hat Urlaub für sich beantragt und in dem Gesuch darauf hingewiesen, daß die Zustände in der deutschen Republik ihn beartigt erregen, daß er an nervösen Depressionen leidet. Das Provinzial-Schulkollegium in Berlin, eine republikanische Staatsbehörde, hat den nachgesuchten Urlaub bewilligt, ohne dem Studienrat zu bedeuten, daß die Republik keine Veranlassung hat, Leute, die sich über dieselbe ärgern, zu ernähren und ihnen auf ihre Kosten Erholungsurlaub zu gewähren, damit sie dann, wenn sie sich mit republikanischer Unterstützung erholt haben, um so kräftiger die Republik untergraben zu helfen. Das Berliner Provinzial-Schulkollegium greift vielmehr in diesem Falle einem Manne unter die Arme, der die Dreifigkeit besitzt, als republikanischer Beamter der vorgeordneten Behörde mitzuteilen, daß ihm die Republik ein Gneul ist. Im Sinne des Preussenkönigs Friedrich Wilhelms I., den der nationalistische Jüterbogener Studienrat wohl als Schirmherr des von ihm geliebten preussischen Geistes anerkennen wird, wäre es gewesen, wenn ihm das Provinzial-Schulkollegium ein Gesuch mit dem Randvermerk zurückgegeben hätte: „Ist überflüssig, kann sich davonziehen.“

Volkswirtschaft.

Butterauktion.

D a m b u r g, 14. Juni.

Steigende Butterpreise.

In der heute abgehaltenen Butterauktion der Meiereiverbände für Schleswig-Holstein wurden bei größeren Zufuhren und reger Kauflust etwas niedrigere Preise bezahlt als in der letzten Auktion am 7. Juni. Die Preise bewegten sich von 60,— bis 61,95 Mk. das Pfund, (gegen 61,— bis 63,45 Mark in der vorwöchigen Auktion) Zu diesen Preisen kommt noch ein Zuschlag von 2 Prozent Kavellingsgeld.

Devisen-Kurse.

Berlin, 15. Juni.

Amliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

	14. Juni.	13. Juni.	
Amsterdam	100 fl.	12084.85	12334.55
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	2566.75	2576.75
Kristiania	100 Kr.	5343.30	5508.10
Kopenhagen	100 Kr.	6771.50	6851.40
Stockholm	100 Kr.	8029.95	8139.80
Helsingfors	100 finn. Mk.	664.15	678.85
Rom	100 Lire	1550.55	1573.—
London	1 £	1390.75	1405.70
New York	1 Doll.	311.61	312.80
Paris	100 Frs.	2741.55	2781.60
Zürich	100 Frs.	5952.55	5992.50
Madrid	100 Pesetas	4933.80	4953.80
Wien	100 K.	1.70 1/2	1.55 1/2
Prag	100 K.	594.75	605.20
Budapest	100 K.	30.21	32.20

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Dampfer Segler Schiffsname Kapitän Herkunftsort Fahrzeit Tage Std.

Angelommen am 14. Juni.

D.	Gerb. Vorsch	Brie	Malmö	18
D.	Otto Joppen 19	Berndt	Stettin	8
D.	Dolphin	Wienke	Lalborg	1 1/2
D.	Nordhem	—	Schleimerstadt 3	
D.	Gabicht	Lorenzen	Korsö	1

Angelommen am 15. Juni.

D.	Gasmi	Ohlson	Marhus	8
D.	Colos	Sägerström	Stockholm	2

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für den übrigen Teil August Schulz; für Infanterie Detlev Steinberg, Kollegen: Heinrich Steinberg, Rudolf Friedrich Meyer & Co. Druck in Lübeck.

Öffentliche Verdingung.

Die Ausführung der Aufreißarbeiten (Kanten) für den Ausbau des Wollmagazins zu einem Polizeidienstgebäude soll im Wege der öffentlichen Verdingung vergeben werden. Angebote sind bis zu dem am

Freitag, dem 23. Juni 1922 mittags 12 Uhr

im Bauamt, Mühlenhamm 10, stattfindenden Termin in verschlossener Form, mit entsprechender Aufschrift versehenem Umschlag an das Bauamt einzureichen. Lieferungsverzeichnisse und Bedingungen liegen im Bauamt zur Einsicht aus, auch können sie gegen Erstattung der Schreibgebühren von dort bezogen werden.

Zuschlagsfrist zwei Wochen. Lübeck, 14. Juni 1922. Das Bauamt, Vbt. Hochbau I.

Nach langer schwerer Krankheit entschlief heute sanft unser lieber Vater u. Schwiegervater, der frühere Dienstmann

Carl Hoyer (3278) im 64. Lebensjahre. In tiefer Trauer Carl Hoyer u. Frau Emma geb. Tretow nebst allen Angehörigen. Rostock, den 18. Juni 1922. Trauerfeier Sonnabend, den 17. Juni, nachm. 4 Uhr im Krematorium zu Lübeck.

Allen denen, die unsern lieben Gott gelassen die letzte Ehre erwiesen, sagen wir hiermit unsern herzlichsten Dank. (3266) Frau S. Biel Wit. und Familie. Stremkamp, 14. 6. 22.

Zu verk. transp. eis. Herd, B.-Kocher, 37. Kesselofen. Al. Burgstr. 20. (3268)

Billig! Billig! Achtung, Radfahrer! Mantel, Dauerware 190 M., Englande 53 M., nur solange Vorrat. Großer Vogelhang 13 a, b. Burgj. (Hdl.) 3284

Kachelherd Grudeofen gut erhalten, zu verk. (3279) Kapitellstr. 2 a. Gef. ein 2fl. Gasherd. (3279) Hühnergrube 41 II.

Gef. Klappherd, m. R. Ang. u. A 217 a. b. Geped. (3280)

Unterricht in Damenschneiderei 1/2 und 1/3 jährige Kurse erteilt Frau Baisch, Johannisstr. 26. (3282)

Das Wollen Jakob Nr. 250. Buchhandlung St. Meyer & Co., Johannisstraße 42.

Charleville. Dankle Punkte aus dem Rappaleben. Von Dr. W. Appens. Mk. 3.00. Buchhandlung St. Meyer & Co., Johannisstr. 42.

Wir sind billig!

Das reelle Einkaufshaus für Arbeiter und jeden Beruf. Eleg., preiswerte, reelle Schuhwaren.

Herrenstiefel mit u. ohne Lackkappe von 450 M. an. Herrenstiefel, braun, . . . 645 M. Damenstiefel mit und ohne Lackkappe von 405 M. an. Damenstiefel, braun, . . . 580 M. Damenschuhe, Schnür- u. Spangenvon 345 M. an. Sehr starke Kinderstiefel in allen Größen 18-20, 21-22, 23-24, 25-30, 31-35, 36-39.

Weisse Leinwand- und Stiefel, Sandalen, Turnschuhe, Pantoffeln, Hausschuhe. Lederhosen . . . 245 M. bekannt reelle u. starke Qualitäten.

Recke u. schick Damen-Konfektion Damen-Kostüme 375.-, 675.- und besser. Damen-Mäntel 450.-, 650.- und besser. Waffas, Seiden-, Wollmäntel, Strickjacken, Jumper, Röcke 69.50, 125.-, Blusen.

Recke u. eleg. Herren-Konfektion. 1 Kasten Herren-Gummimäntel 1550.-, 1675.-, 1980.-. Starke Arbeitshosen . . . 245.-. Starke feldgraue Hosen 425.-. Manchesterhosen . . . 395.-. Herrenpaleots . . . 425.-. Schick Sommerhosen, Gehrockanzüge, eleg. Herrenanzüge, Unterzeug. (3273)

Ehlers & Reetwisch Goldstr. 1. St. Petri 2 u. 4.

Wir empfehlen unseren Hausfrauen und Töchtern ganz besonders die neuerschienenen illustrierte Schrift: **Praktische Ratschläge für häusliches Waschen, Plätten, Glanzplätten, Färben, Bütiken, Reinigen.** Preis 24.- Mark. Buchhandlung Friedr. Meyer & Co., Johannisstraße 46.

Schuhhaus Zentrum Marktwiese 2 (im Hause Muffenhans Jack) Damenstiefel von . . . 340 Mf. an. Kräftige Herrenstiefel von 360 Mf. an. Kräftige Herren-Arbeitsstiefel. Braune Damenstiefel, Lederschuhe. Damen-Halbschuhe, Kinderstiefel. Damenstiefel mit flachem Absatz. Hausschuhe, Lederpantoffel, Turnschuhe. Bei reell. Bedienung außerordentlich billig. (3286) Waldemar Ludwig.

Für Industrie und Handel Gelder in jeder Höhe gibt und wirkende Betriebe faust (3284) Finanzierung u. Kommission G. m. b. H. Berlin S. W. 68.

Kommentar zum Reichsmietengesetz von Hans Krüger (Ministerialrat im Reichsarbeitsministerium) Mk. 20.00. (3285) Buchhandlung Friedr. Meyer & Co., Johannisstraße 46.

Schuhwaren. Herrenstiefel, schwarz . . . Mk. 550.-. Herrenhalbschuhe . . . Mk. 520.-. Damenstiefel, schwarz, Mk. 540, 460.-. Braune Damenhalbschuhe und Spanglen . . . Mk. 400.-, 420.-. F. Lucht, Markt 3.

Cimerbier.

Jeden Freitag von 8-11 Uhr (3257) H. Bade.

Alle Arbeiter kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei (3265)

Otto Albers Markt 4 Kohl. 10

Cimerbier Freitag von 4-6 Uhr (3274) Brauerei Wilcken. Engelswisch sowie Urnistr. 21a.

Mischkaffee mit 10% Bohnenkaffee 1/2 5.-. 1/3 10.-. Kaffee . . . 1/2 10.-. Boddinpulver Nf. 1.00. Kaffee-Grünpulver, 1.25. Vanille-Budding-Pulver 1/2 4.50. Backpulver Nf. 1.30. Maisternpulver 10.40. Hartgrieß 9.40. Mondamin Pat. 6.50. Reis 8.50 und 9.50. Reismehl . . . 10.40. Rste 20.-, 25.-, 36.-. Kräuterst. 5.50.

Eduard Spedi, Hügr. 80-84. (3275)

Edler Jamaica-Rum-Verschnitt, Edler Pott-Rum-Verschnitt, Arrak-V. Kognak Original. Likörartiger Kräuter-Kraft-Trank wohlgeschmeckend anregend. 1/2 Flasche 40.- Mf. 1/1 Flasche 78.- Mf. Schleswig-Holsteiner Kummel 35% Fl. 42 Mf. Agnavit 35% Fl. 42 Mf. Agnavit 40% Fl. 46 Mf.

Ernst Voss Gr. Burgstr. 59. Fernruf 410. (3288)

Die Kunst der freien Rede. Von Fritz Müller. Mark 6.-. Buchhandlung Sieb. Meyer & Co., Johannisstr. 46.

GEWERKSCHAFTSHAUS Johannisstr. 52. Fernruf 225. * RESTAURANT MIT GROSSEM GARTEN in Mitte der Stadt. * WARMER UND KALTE SPEISEN zu jeder Tageszeit. * PREISWERTER MITTAGS- UND ABENDTISCH nach der Karte. * KLUBZIMMER UND VERSAMMLUNGSRÄUME in jeder Größe. * ANGENEHMER FAMILIENFESTHALT.

Freitag u. Sonnabend: Frische Kabbelfau, Bongfisch, Schellfisch, Rotbarsch, Röhlingen, Semandes, Heilbutt ff. Gattschlarbonade, Goldbutt

Johs. Boy, Markthallenstr. 46/47. Fernruf 8975. (3277)

2 Spiegelscheiben 1.75 x 97 groß, sofort abzugeben. (3290) O. Schröder, Balauerjohr 17.

Blendend weiße Schuhe erhält man mit **Neuweiß Ferd. Kayser.**

la. gutkochende **Speisefartoffeln** 10 Bfd. Mk. 20.-. Zentner Mk. 175.- bei größeren Abnahmen billiger. **Wilh. Süfke** Schwartauer Allee 46a. Telefon 8822. (3271)

Käse pikant fett Bfd. 20 Mf. 1 Partie fetter pikanter Tilsiter Pfund 32 Mf. und andere Sorten. **H. Ahrens,** Käse engros (3276) Rottwischstraße 6.

Steppdecken Anfertigung, Aufarbeitung u. Neubeziehen. Spethmann, Breite Str. 31 (3148)

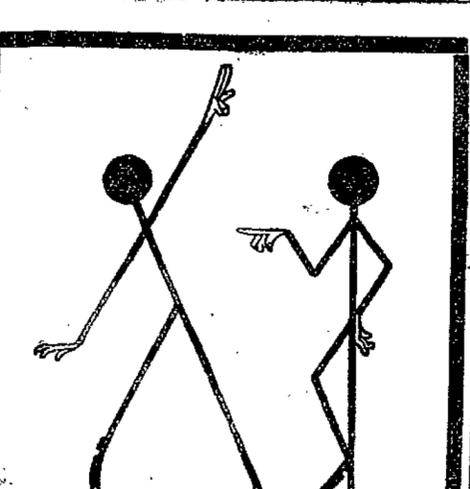


Transportable Kachelöfen wunderschöne Muster. (3285) Eiserne Öfen, Herde, Waschkessel, Gaskocher, Gruben. **Wilhelm Dresen** Kapitellstraße 2a, Ecke Mühlenstraße. Fernspr. 1614. Reparatur, Reinigung, Töpfererei, Schlosserei.

Schuh-Buchholtz

Schwartauer Allee 4 Gr. Burgstraße 36 **ist billig!** Beachten Sie meine Fensterpreise! (3261)

Billige Margarine zu 35, 36, 38, 40 und 45 M per Bfd., bei 5 & 2.50 M, bei 10 & 10 M Rabatt. **Lübecker Margarine-Zentrale** (3258) Goldstr. 6, part., hinten.



So wie dieser gehören Tausende auf die Haltbarkeit der **Leder- und Gummisohlen und Absätze** von der **Reform-Schuhwaren-Reparatur und Stepperei** Großbetrieb **50 Hügrstraße 50.** **Robert Jentzen.** Fernsprecher 2873.

Beitragsmarken für Vereine, Gewerkschaften fertigt an u. liefert prompt, preiswert und in jeder Ausführung **Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.** Johannisstraße 46.

Glas scheiben aller Art, Kitt, Glasschneider Bilderleisten etc. (3224) Oscar Tauchnitz, Glashdl. Fleischnhauerstr. 86 F. 2808

Luisenlust. Jeden Freitag (3255) Damen Eintritt frei

KOLOSSEUM Morgen Freitag, den 16. Juni: Nachm. v. 4-7 Uhr. Abends 7 1/2-11 Uhr. **Garten-Konzert.** Leitung: Kapellmeister Sulanke unter Mitwirkung von Frl. Dolmatoff, russische Nationaltänzerin, Herr Immendorf, vom hies. Stadttheater. Eintritt M. 2.50, Damenparken M. 25.- außer Steuer. (3272)

Hochlegante braune, schwarze **Schnürstiefel** für Damen, Herren- und Knaben, ferner Sandalen, Stoffschuhe u. Stiefel, Prima langschäft. Stiefel u. Reifstiefel in großer Auswahl. **Kaff- und Lusterjoppen, Drell-, Pilot- u. feldgr. Hosen, neue moderne Anzüge** für Herren und Knaben (auch getragen), Damen- und Herrenmäntel, Hosenträger, Uhren usw. usw. **Gut!! Billig!!** O. Schröder, jeht (3288) 17 Balauerjohr 17.

Möbel Herren-, Speise-, Schlafzimmer, Küchen. **Roldts Möbellager** Fischergrube 25/27.

Spez. Verlobungsringe 388,585,750 u. 900 gef. Schmuckstücke, Taschen- u. Weckuhren. **Willi Westfeling** (3283) 32 Goldenstraße 32

Zahn-Praxis Ernst Haus Sprechst. v. 9-12 und von 2-7 Uhr, Sonntag v. 9-11 Uhr, Mühlfest. 1-3, 1., am Klingenberg. Teleph. 1708. (3260)

Gartenbauverein-Lübeck Freitag, 16. Juni 1/2 6 Uhr abends: Versuchsfeld, Lohmühle 12, Obstschadlingsbekämpfung, Übergärtner Tünser. (3269) Freitag, 30. Juni 8 Uhr abends Vortragssaal, Museum am Dom, Hauptversammlung.

Hansatheater. Täglich (3262) abends präzis 8 Uhr. Gasspiel **Gebrüder Wolff** verlängert unwiderruflich bis Montag, den 19. Juni, in der Schläger-Revue „In Lübeck ist der Teufel los“

überdem Adolf Trimborn, Emil v. Dollen, Beatrice Friedel.

Freistaat Lübeck.

Donnerstag, 15. Juni.

Der Zuder-Jammer.

Angehts der empörenden Zustände auf dem Zudermarkt und der beinahe völligen Unschicklichkeit des deutschen Zuders aus der vorjährigen guten Ernte hat der Ernährungsminister am 22. Mai die Zuderzufuhr freigegeben. Die Hoffnung aber, daß mit der Freigabe des Zuders die Not für die Kleinverbraucher ein Ende haben werde, ist leider nicht in Erfüllung gegangen. Es mehren sich vielmehr die Anzeichen dafür, daß der Auslandszucker weniger in den Besitz der Kleinverbraucher als vielmehr — in die Speicher der Schokoladen- und Likörfabriken gelangt. Es hat schon, einer Notiz der „Vossischen Zeitung“ zufolge, nicht weniger als neun Tage gedauert, bis die Verfügung des Ernährungsministers über die Anstanzwege zur „amtlichen“ Kenntnis der Zollbehörden gelangte, die erst dann die Ueberführung aus den Hamburger Lagern in die Eisenbahnwagen gestatteten. Die sehr erheblichen Mengen amerikanischen Zuders, die in Hamburg lagerten, sind jedoch, wie eine Korrespondenz mitzuteilen weiß, bereits wieder von gewissen Agenten erworben worden, bevor der legitime Handel hätte zugreifen können. Diese Agenten führen die Zudermengen nicht dem Kleinhandel, sondern den Schokoladen- und Likörfabriken zu. Die großen Organisationen und die Zudergroßhändler müssen sich damit begnügen, den Versuch zu machen, wenigstens einen Teil desjenigen Zuders zu erwerben, der augenblicklich in Amerika noch verpackt wird oder schon schwimmt. Der Zuder jedenfalls, der schon herübergekommen ist, ist verschwunden. Bis der neue eintrifft, können immer noch einige Wochen ins Land streichen, so daß an eine Besserung der Zudernot vorläufig nicht zu denken ist.

Die nach Zuder schreiende Bevölkerung ist also wieder über den Köpfen barbiert und muß für längere Zeit mit dem Fortbestehen der empfindlichen Zudermisere rechnen. Um so aufreizender muß es berühren, wenn gerade diejenigen Industrien, die Zuder um jeden Preis eingelagert haben, nun auch noch Anspruch auf die geringen Restbestände, die von der Zuderrente noch im Lande sind, erheben. Bei einer in Berlin abgehaltenen Besprechung verlangten die zudererwerbenden Industrien, die auf den Export eingestellt sind, namentlich die Schokoladen- und Konfektfabriken ohne Umschweife, daß ihnen von den im Reiche befindlichen Mundzuckerbeständen im ganzen etwa 3/4 Millionen Doppelzentner überlassen werden! Die Vertreter des Handels, sowie der Konsumenten erhoben gegen diese unverschämte Forderung scharfsten Protest und verlangten die Erfassung aller noch vorhandenen Zudervorräte für die konsumierende Bevölkerung. Da die beiden Parteien sich nicht einigen konnten, verlief die Sitzung ergebnislos, die Verhandlungen sollen aber fortgesetzt werden. Im Interesse der Gesamtbevölkerung, die unter einer wahren Zudertatastrophe zu leiden hat, muß erwartet werden, daß nicht wieder fruchtlos geredet, sondern endlich einmal tatkräftig gehandelt wird. Es wäre höchste Zeit, daß man an maßgebender Stelle zu der Erkenntnis gelangt, daß es unmöglich noch länger so weitergehen kann wie bisher.

Reichsarbeiterporttag.

Der zweite Reichsarbeiterporttag wird am 18. Juni von allen Arbeitersportlern in ganz Deutschland gefeiert. Er ist ein Großporttag für die moderne Körperkultur in der werktätigen Bevölkerung und soll die zweite große Heerschau der Arbeitersportler im Reiche werden. Merkwürdig regen sich wiederum fleißige

Hände, um denselben zu einer mächtigen Kundgebung und Demonstration für den Arbeitersport zu gestalten. Wenn auch im vorigen Jahre die Teilnehmerzahl eine große, ja imposante war, so gilt es, die Zahlen in diesem Jahre noch zu übertreffen. Eine große Masse aller Arbeitersportler muß antreten, um uns endlich die Achtung zu verschaffen, die unsere volkserhaltende und ideale Bestrebungen verdient. Insbesondere ergeht dieser Ruf an unsere Turner und Sportler. Mann für Mann müßte sie an den Festzügen, Majestätvorführungen und anderen Veranstaltungen des zweiten Reichsarbeiterporttages teilnehmen. Nur so wird das Ziel, ein Werttag zu sein, erreicht werden. Dieser Tag muß Zeugnis ablegen von der Richtigkeit unserer Ideen, ein Werttag für die Befestigung des Volkes, ein moralischer Sieg für die Gerechtigkeit unserer bekannten Forderungen.

Die Arbeitersportler Lübecks leiten den zweiten Reichsarbeiterporttag durch die Eröffnungsfeier am Sonnabend, dem 17. Juni, 6 1/2 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses ein. Dort werden alle Sportarten in abwechselungsvoller Reihenfolge zur Geltung kommen. Ueberrastet wird in diesem Jahre das sportliebende Publikum in der Pause durch den großen Zapfenstreich, der vom vereinigten Trommler- und Pfeiferkorps im Garten des Gewerkschaftshauses zu Gehör gebracht wird.

Am Sonntag, dem 18. Juni werden die gesamten Arbeitersportler Lübecks das Publikum der Stadt den ganzen Tag dauernd in Atem halten. Schon morgens 7 Uhr wird die Bevölkerung durch den Wetlauf der Trommler und Pfeifer aus den Betten gerüttelt. Um 8 Uhr beginnen die volkstümlichen Wettkämpfe auf Buniamshof. Im Laufe des Vormittags werden verschiedene sportliche Vorführungen auf den öffentlichen Plätzen veranstaltet. Den Schluß des Vormittags bildet ein Mannschafts-Strassenlauf. Nachmittags 1 1/2 Uhr setzt sich der Festzug vom Burgfelde nach Buniamshof in Bewegung. Die Ansprache, gehalten von Dr. Leber, wird das Nachmittags-Programm eröffnen. Sportliche Veranstaltungen aller Art werden das Publikum fesseln. Unter anderem findet auch ein Vereinswettkampf im Ringen und im Boxen statt. Etwas Neues dürfte in diesem Jahre das Simultan-Schachspiel sein, welches im Schatten der Bäume auf Buniamshof vom Lübecker Arbeiter-Schachverein und einem Kieler Gast gespielt wird.

Der Wassersport widelt sich am 25. Juni in der Falkendamm-Badeanstalt und auf der Makenitz ab. Das Programm ist vielseitig und sorgfältig aufgestellt, jedoch es allen empfohlen werden kann, den zweiten Reichsarbeiterporttag zu besuchen. Auf Buniamshof findet nachmittags Konzert statt. Fröhliche Sportler-Bälle im Gewerkschaftshaus, auf Friedrichshof und im Gesellschaftshaus sollen die ernste Arbeit des zweiten Reichsarbeiterporttages abschließen.

Der Deutsche Zeitungsverleger-Verein hält in den Tagen vom Donnerstag, dem 15. bis Sonnabend, dem 17. Juni, seine diesjährige Hauptversammlung ab. Die beiden ersten Tage und einige vorangegangene Vorstandsvorversammlungen werden an dem Hauptort der Tagung in Hamburg abgehalten. Die Versammlungen finden im Gewerkschaftshaus, Holstenwall, statt. Nach den bisher dort eingegangenen Meldungen nehmen weit über 300 Eigentümer von deutschen Zeitungen und deren Damen an der Tagung teil. Für Sonnabend, den 17. Juni, ist eine Fahrt nach Lübeck und Travemünde in Aussicht genommen. Die Teilnehmer werden von Hamburg 7,50 Uhr abfahren und in Lübeck 8,50 Uhr mit Sonderzug eintreffen. Nach einem Rundgang durch die Stadt wird etwa 11,30 Uhr in der Schiffergesellschaft eine kurze Einker gehalten und um 1 Uhr eine Fahrt mit dem Kopenhagener Postdampfer „Najaden“ von der Halland-Linie nach Travemünde und in See angetreten. Nach Rückkehr aus See wird um 5 Uhr ein gemeinsames Essen die Teilnehmer, voraussichtlich etwa 250 Personen, im städtischen Kurkaal an der Strandpromenade in Travemünde vereinigen. Nach dem Essen soll ein Spaziergang zum Brodiner Ufer gemacht werden. Der Deutsche Zeitungsverleger-Verein, der fast alle deutschen Zeitungen aller politischen Parteirichtungen umfaßt, hat seit längerer Zeit seine Verhandlungen nicht im Norden Deutschlands abgehalten. Es ist daher erfreulich und für die Ausbreitung des Rufes unserer Vaterstadt gewiß zu begrüßen, daß es den Bemühungen der Lübecker Zeitungsverleger gelungen ist, zu veranlassen, daß diese ganz Deutschland umfassende Versammlung auch Lübeck zum Ziele ihrer Reise gemacht hat.

Papierpreis und Arbeiterpresse. Die Regierung „hilft“ der Presse im Kampfe gegen den sie erdroffenden Papierwucher mit kleinen Mitteln: Ermäßigung der Frachttaxe und durch Erhebung einer 1/2prozentigen Sondergebühr auf das massenhaft ins Ausland ausgeführte deutsche Zeitungspapier. Aber während sich die Regierung so abmüht, mit lumpigen Pfennigen der Presse beizuspringen, steigern die Papierfabriken jeden Monat die Papierpreise sprunghaft um mehrere Mark. Für den Monat Juni ist der Preis glücklich auf das Hundertfache des Friedenspreises hinaufgeleitet. Am 1. Juni 1921 kostete das Kilogramm Zeitungspapier rund 20 Pfennige, ab Juni 1922 ist der Preis 20 Mark. Bedarf es vieler Worte, um zu beweisen, daß bei dieser Bliggeschwindigkeit der Aufwärtsbewegung dieses Preises die Zeitungen gezwungen sind, den Bezugspreis des Blattes zu erhöhen? Sie tun es schweren Herzens, weil sie wissen, wie schwer belästet das Haushaltsbudget schon durch die allgemeine Teuerung ist, zu der die Löhne und Gehälter in einem sehr schlechten Verhältnis stehen. Wollten wir diese Papiererhöhung im Abonnementspreis ausgleichen, so müßte unsere Zeitung im Monat 60—70 Mark kosten. Aber wir erheben nur einen sehr geringen Aufschlag. Leserin und Leser, rechne selber, dann wirst du finden, daß die Zeitungen heute einen sehr mäßigen Preis nehmen. — Bei diesem schweren Existenzkampf der Zeitungen ist es Pflicht der Leserin und Leser aus dem werktätigen Volk, mitzuhalten, um den Untergang der Zeitungen zu verhindern. Das Verschwinden oder die Beschränkung der Arbeiterpresse geht auf Kosten der Lebenshaltung aller Kopf- und Handarbeiter. Was im leiblichen Leben das tägliche Brot, ist für das geistige Leben die Zeitung. Im Haushalt ohne Zeitung spukt der geistige Tod aus allen Ecken. Ununterbrochen über die wirtschaftlichen und politischen Vorgänge, wird der Nichtzeitungsleser gar bald ein Spielball und Opfer jener Strömungen, die seinen Interessen entgegenlaufen. Das darf nicht sein. Drum, Leserin und Leser aus dem werktätigen Volk, haltet eurer Presse die Treue. Um eure eigene Sache handelt es sich!

Entscheidung des Bundes Deutscher Mietervereine. Der aus allen Teilen des Reiches am 10. und 11. Juni 1922 in Dresden versammelte Gesamtvorstand des Bundes Deutscher Mietervereine gibt folgende Entscheidung bekannt:

I. Er stellt mit großem Bedauern fest, daß das vom Reichstag beschlossene Reichsmietengesetz — nicht nur durch den Hausbesitz und seine Freunde — sondern auch von den Gemeinden, in Sonderheit von den Wohnungsämtern, wie die Miethäuser Beschlüsse des Verbandes Deutscher Wohnungsämter beweisen, sabotiert wird. Gegenüber diesem, in der deutschen Verwaltungsgeschichte unerhörten Vorgehen erhebt der Bund aufs schärfste Einspruch und richtet an die Reichsregierung, die Landesregierungen und die Stadiparlamente die dringende Forderung, die sinn-gemäße Durchführung des Gesetzes zu erzwingen. Wie die Erfahrungen bei der Einführung des Reichsmietengesetzes beweisen, ist die Bestellung eines mit weitgehenden Vollmachten ausgestatteten Reichswohnungsstommisars zur Ueberwachung von Ausführungen des Reichsgesetzes ein dringendes Bedürfnis. Der Bund fordert deshalb von neuem die alsbaldige Bestellung eines solchen Reichsstommisars. — Mit Befremden muß der Bund weiter feststellen, daß einzelne Regierungen gewerbliche Räume, insbesondere Bürohäuser, von den Bestimmungen des Reichsmietengesetzes ausnehmen wollen. Der Bund muß im Gegenteil erneut Bewahrung dagegen einlegen, daß der Zuschlag auf Gewerberäume zugunsten der Erhöhung der Hausrente des Vermieters bewilligt wird. Die Mietervereine lehnen hier jede Verantwortung ab. Die Verantwortung mögen die Handels- und Gewerbetreibenden übernehmen, die sich sonst gegen jede neue Steuer auf ihre Mitglieder zugunsten der Allgemeinheit wehren. Wir wollen abwarten, ob sie wagen werden, ihre Mitglieder zugunsten ungerechtfertigter Gewinne von Privatleuten mit einer Sondersteuer zu belegen.

II. Zu dem neuen Mieterchutzgesetz, dessen umgehende Verabschiedung gefordert wird, wird der Bund nach ausführlicher Stellung nehmen. Für die jetzt notwendige Verlängerung des alten Mieterchutzgesetzes erhebt er vor allem die dringende Forderung nach der Einführung einer Rechtsmittelinstanz für die Einigungsämter. Neben dem Mieterchutz fordert der Bund erneut Schutz für andere Rauminhaber, insbesondere für Pächter, Inhaber von Dienstwohnungen usw.

III. Die falsche Tarifpolitik im Vorortverkehr schädigt auf das schärfste die weitere Durchführung der als richtig anerkannten

Antje Möller.

Ein Roman aus Schleswig-Holstein von K. von der Eider.

19. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Rolf beruhigte sie sogleich mit seinem eigenen ruhigen Wesen. Er strich ihr über das Kraushaar und über das nasse, heiße Gesicht. „Sei still, meine kleine Deern, kommst Zeit, kommt Rat. Ich habe Dich lieb, und wenn Du erst meine kleine Frau bist, sollst Du nicht eine Träne mehr weinen.“

Langsamem Schrittes ging er die Treppe hinauf. Er fuhr sich mit der Hand über die Stirn, als wollte er dort etwas verschweigen. Seine Augen blickten ruhig und sicher wie immer. Rolf Andersen war nicht der Mann, der sich von seinen Gedanken unterjochen ließ.

Antje erhielt wieder einen Brief von Joen. In diesem Briefe schrieb er ihr in klaren Worten, daß er sie als seine Braut betrachtete, daß sie ihm Heilighaus zu einem Paradiese machen sollte.

Als Antje den Brief gelesen hatte, meinte sie die ganze Nacht hindurch. Sie fand aber nicht den Mut zu einer Antwort, noch wagte sie, ihn Rolf zu zeigen.

Fünftes Kapitel.

Heide Rehm und Trina standen eines Abends lange zusammen an der Ecke des Hauses, zwischen Düngerhaufen und Stalltür.

„Sie hat neulich nachts die ganze Nacht geweint; ich habe keinen Wink im Auge gefügt“, sagte Trina.

Heide hob die geballte Faust und schüttelte sie gegen den unglücklichen Feind.

„Der Hund!“

„Ich muß der Frau die Augen aufmachen; es geht nicht länger.“

„Antje, Antje!“ murmelte Heide mit erstickter Stimme.

Seit diesem Abend ging Heide Rehm meistens mit zusammengeklappten Lippen und finsterner Stirn herum; Trina aber ging am nächsten Vormittag zu Frau Andersen in die Wohnstube und sprach mit der Frau in leiser, hebeutlicher Weise.

Frau Martjen war einen Augenblick sprachlos. Dann begann sie sich. „Ach mein Magen! Aber es ist kein Wunder, der Herrger ist ja ein rein auf. Ja, daß etwas nicht in Ordnung war, habe ich schon lang gemerkt. Und dann zu solch ungelegener Zeit, wo die Leute vor der Tür steht! Befallen kann ich sie doch nicht, wenigstens nicht lange mehr. Mit wem hat sie sich denn eigentlich eingelassen?“

Trina zuckte die Schultern.

„Natürlich Heide Rehm“, rief die Frau; „ich habe wohl gesehen, was für verleckte Augen er machte, wenn er sie sah.“

„Nein, um!“ Frau, versicherte Trina, „da nehme ich Gift auf, daß er es nicht ist.“

„Sollte es einer von den andern sein? Aber Peter ist zu dumm. Kahver Reimer hat Frau und Kinder, und Friede — der ist ja rein noch der dumme Junge.“

„Ich glaube auch nicht, daß Antje sich mit einem Knecht eingelassen hat; dazu ist sie zu fein.“

„Du meinst doch nicht etwa —“

Trina nickte.

„Ach, mein Magen! Nein, das hätte ich mein Lebtag nicht gedacht, daß Joen sich so wegwerfen würde. Aber er machte schon solche merkwürdigen Andeutungen in seinem letzten Briefe.“

„Was glaubst du nicht, um?“ Frau, daß es Joen ist“, sagte Trina.

Sie wandte sich zum Hinausgehen.

„Dann hat sie eine Liebhaft außer dem Hause“, rief Frau Andersen in einem Ton, der jede Gegenantwort verbot. „Aber ehe ich sie ins Gebet nehme, werde ich mit meinem Sohne darüber sprechen. Er hat doch auch ein Wort dazu zu sagen.“ Koch an demselben Tage sprach die Frau mit ihrem Sohne darüber. Sie ereizerte sich, während sie sprach. Es wäre eine Schande mit dem Mädchen, man hätte so viel von ihr gehalten.

Rolf blieb ruhig, wenigstens äußerlich.

„Es ist gut, ich heirate sie, und damit ist die Sache abgemacht.“

„Du — Du?“ Hast Du denn? — Bist Du denn? — Rolf, was soll ich von Dir halten?“

„Hab ich sie so weit gebracht, muß ichs auch gutmachen. Sie gefällt mir gerade, und Du wirst Dich wohl darin finden; denn eine tüchtige Deern ist sie, wenn sie auch keinen Bauernhof auf dem Budel hat.“

Frau Martjen lachte gellend auf. Sie vergaß ganz ihren Magen. „Das Gör“, rief sie, „das kleine erbärmliche Ding! Ich bin schon lange nicht mehr mit ihr zufrieden! Gar nichts leistet sie. Trina nimmt ihr schon aus lauter Gutmütigkeit die halbe Arbeit ab. Und wie sie aussieht! Das wäre eine schöne Bauernfrau, die würde Dir Ehre machen. Meinst Du, daß die Dienstherrn regieren könnten, daß da die Knechte Respekt vor hätten? Und was würden die Nachbarn sagen und die Familie? Meinst Du, daß Dir einer bei Deiner Hochzeit die Ehre antun würde? Jetzt ist es so wie so zu spät, gutzumachen; die Leute wissen schon alle von ihrer Schande. Ich will gar nichts dagegen sagen, daß Du Ingeborg nicht heiraten wolltest, aber dann standen Dir doch noch ganz andere zu Gebote, als so ein flüchtiges Ding!“

Rolf Andersen schwie. Gegen die Jungenfertigkeit der Mutter konnte er nicht ankämpfen. Das sah er wohl ein, daß er nicht sofort durchdringen würde, und er hatte auch keine Lust, sich aufzuregen. Er liebte zu sehr den Frieden. „Abwarten“, dachte er; „mit der Zeit wird Mutter schon zur Einsicht kommen.“

So schwie er denn, zündete sich die Pfeife an und ging hinaus zum Kütern.

Auf der dunklen Diele hängte sich sein Mädchen ihm an den Arm. Er strich ihr übers Gesicht und rühtte, daß es wieder nach war. Sie hatte sicher etwas von dem, was drinnen gesprochen wurde, gehört.

„Antje, meine liebe kleine Deern“, tröstete er sie, sei man zufrieden, es kommt alles noch zum guten Ende. Man Geduld!“ Dann nahm er ihr Köpfchen in seine Hände und küßte sie, bis ihre kalten Waden heiß erglühten.

Antje sollte aus dem Hause. Frau Andersen wartete nur eine postliche Gelegenheit ab, um sich ihrer zu entledigen, ohne daß ihr Rolf dabei in die Quere kam. Bis sich diese ergab, herrschte Waffenstillstand.

Zwischen Mutter und Sohn wurde von der Sache vorläufig nicht mehr gesprochen. Auch gegen Antje äußerte sich die Frau nicht direkt. Sie war nur etwas strenger gegen sie und ließ gelegentlich eine Bemerkung fallen, daß sie nicht vernagelt wäre und daß sie Bescheid wüßte.

Die Dienstherrn waren gegen Antje zartfühlend und zurückhaltend, und Trina suchte ihr die Arbeit nach Möglichkeit zu erleichtern.

Von Joen kam an die Mutter ein Brief, in welchem er von seinen Fortschritten und Verbesserungen sprach, und von Hoffnungen auf die Zukunft. Es stand auch ein Gruß darin für Antje; sie erhielt ihn aber nicht.

Ingeborg Jessen kam auch, nachdem sie sich längere Zeit hindurch rar gemacht hatte, mal wieder auf den Hof. Sie hatte allerlei über Antje munkeln gehört und hielt es nun vor klugger nicht mehr aus.

Mit listigen, teilnahmsvoll klingenden Fragen forschte sie bei der Tante. Diese erleichterte nun einestheils ihr Herz, indem sie abwechselnd über ihren Magen und Antjes Leichsinn klagte.

„Es ist mein Tod“, schloß sie. Ueber Rolf aber sprach die Mutter gar nicht. So kam Ingeborg der Sache doch nicht ganz auf den Grund.

Für ihr Leben gern hätte sie Antje gesehen und ihr ein paar Worte ins Ohr gerufen, die sie gerade für sie in Bereitschaft hatte, aber das Mädchen ließ sich nicht blicken.

(Fortsetzung folgt.)

gewesenen Siedlungsgebiet zur Förderung der Volksgesundheit und verschärft durch den erzwungenen Zugang nach der Stadt die Wohnungsnot der großen Städte und Industriebezirke. Der Bund fordert schleunigst Schaffung verbilligter Vorortstarife für den gesamten Vorortverkehr.

IV. Gegenüber den Bemühungen der Gegner, die Mieterbewegung als in der Richtung eines bestimmten Parteiprogrammes gehend zu diskreditieren, stellt der Bundesvorstand fest, daß der Bund Deutscher Mietervereine nach wie vor unbeirrt an seiner parteipolitischen Neutralität festhält. Die Lösung der Wohnungsfrage ist keine Sache der Weltanschauung; sie kann nicht gefunden werden in den Grenzen eines einzelnen Parteiprogramms, sondern muß erwirkt werden durch die Zusammenarbeit aller Volksgenossen, ungeachtet des persönlichen politischen Bekenntnisses des Einzelnen.

Beigelegter Streif. Die Lohnhöhen bei der Firma Redler, wovon wir Mittwochs berichteten, sind durch Verhandlungen mit dem Landarbeiterverband beigelegt. Es ist eine Lohnaufbesserung von durchweg 90 Pfg. die Stunde erzielt worden. Außerdem wurde für Ueberstunden ein Aufschlag von 25 Proz. und für Sonntagsarbeit von 50 Proz. erzielt. Das ist ein Erfolg, den die Arbeiterinnen dem Landarbeiterverband zu verdanken haben.

Nachbewilligung für Weagarbeiten in Küdnitz, Herrmannsdorf, Waldhufen. Bei den beiden ersten Besprechungen über die Einrichtung der produktiven Arbeiterfürsorge wurde zwischen dieser und der Baubehörde vereinbart, daß letztere zur Beaufsichtigung der Arbeiten die erforderlichen Vorarbeiten stellen sollte. Die Baubehörde ging dabei von der Annahme aus, daß die Löhne die produktive Arbeiterfürsorge zahlen würde. Diese hat jedoch die Begleitung der Rechnung abgelehnt und die Baubehörde ersucht die Beträge auf die ihr zur Verfügung stehenden Mittel zu übernehmen. Danach müßten die Mittel für die durch die Rat- und Bürgerhäuser für die Regulierung des Weges von Küdnitz nach Waldhufen — 3000 Mk. — um 26000 Mk., diejenigen für die Herstellung eines weiteren Fußweges von Küdnitz nach Herrmannsdorf — 15000 Mk. — um 38000 Mk. vergrößert werden. Dagegen wünschten die Vorarbeiterlöhne, die bei der Anlegung der Feuerlöschbehälter erforderlich waren, auf die zur Verfügung gestellten Mittel übernommen werden. Da es sich um staatliche Arbeiten gehandelt hat, ist der Senat bereit, dem Ersuchen zu entsprechen und stellt es zur Mitgenehmigung der Bürgerschaft.

Wichtig für Vertriebene und geschädigte Kolonialdeutsche. In einer am 12. d. M. im Turnerschaftsheim stattgefundenen Besprechung von Flüchtlingen aus dem Osten hat sich hier eine Ortsgruppe des Ostbundes gebildet, für die zunächst der provisorische Vorstand gebildet wurde. — Dieser hat es übernommen, die Vorarbeiten zur endgültigen Bildung der Ortsgruppe auszuführen. Die Ortsgruppe hat die Interessen der Ostflüchtlinge in allen Angelegenheiten, namentlich aber auch bezüglich der durch die Flucht usw. entstandenen Schadenersatzansprüche zu vertreten. Formulare für Anträge auf Schadenersatzansprüche werden im Volkshausamt, Zimmer 80, abgegeben. — Von Kolonial-Interessenten wird ferner darauf aufmerksam gemacht, daß die Frist für die Anmeldung für das Entschädigungsverfahren am 30. dieses Monats abläuft. Ob eine Verlängerung der Frist erfolgen wird, steht noch nicht fest. Die der Zweigstelle Hamburg des Reichsentschädigungsamtes zugeordneten Kolonialkammern haben folgenden Geschäftsbereich: Freie und Hansestadt Hamburg mit Landbesitzungen, die Kroning, Salzwedel, Havelburg, von der Provinz Hannover die Kreise Habelau, Neuhäus, Rellingen, Stade, Verden, von der Provinz Pommern die Kreise Uckermark, Stettin, von der Provinz Preußen die Kreise Königsberg, Marienburg, von der Provinz Sachsen die Kreise Magdeburg, Merseburg, von der Provinz Schlesien die Kreise Breslau, Oppeln, von der Provinz Westfalen die Kreise Münster, Hamm, von der Provinz Bayern die Kreise München, Nürnberg, von der Provinz Baden die Kreise Karlsruhe, Mannheim, von der Provinz Württemberg die Kreise Stuttgart, Ulm, von der Provinz Elsaß-Lothringen die Kreise Straßburg, Metz, von der Provinz Ostpreußen die Kreise Königsberg, Marienburg, von der Provinz Pommern die Kreise Uckermark, Stettin, von der Provinz Preußen die Kreise Königsberg, Marienburg, von der Provinz Sachsen die Kreise Magdeburg, Merseburg, von der Provinz Schlesien die Kreise Breslau, Oppeln, von der Provinz Westfalen die Kreise Münster, Hamm, von der Provinz Bayern die Kreise München, Nürnberg, von der Provinz Baden die Kreise Karlsruhe, Mannheim, von der Provinz Württemberg die Kreise Stuttgart, Ulm, von der Provinz Elsaß-Lothringen die Kreise Straßburg, Metz.

Über den Binnenverkehr im Mai 1922. Der im vorigen Jahre sehr darniederliegende Verkehr ist in letzter Zeit wieder lebhafter geworden. Nach den Veröffentlichungen des statistischen Amtes stieg die Zahl der auf der Elbe und auf dem Elbe-Elde-Kanal verkehrenden Schiffe von 179 im März und 244 im April auf 320 im Mai d. J., von denen 171 Schiffe auf den einkommenden und 149 auf den ausgehenden Verkehr kamen. Sie hatten eine Tragfähigkeit von 107 233 Tonnen. Im Mai v. J. wurden nur 173 Schiffe mit 49 855 Tonnen Raumgehalt registriert. Der Verkehr hat also der Zahl der Schiffe nach um 65 Proz. zugenommen und der zur Verfügung stehende Laderraum hat sich fast mehr als verdoppelt. Noch bedeutender stärker tritt die Entwicklung beim Güterverkehr hervor. Es wurden im Mai d. J. 35 244 Tonnen Güter verschifft gegen 21 337 Tonnen im Vorjahre.

Das bedeutet eine Zunahme von 150 Prozent. Eingeführt wurden 15 800 Tonnen Kalksteine zur Verhüttung, 10 699 Tonnen Brennmaterialien, 7074 Tonnen Sand und Kies, 3303 Tonnen Getreide und Futtermittel, 2807 Tonnen Salz, 1236 Tonnen Düngstoffe, 1163 Tonnen Holz, 1078 Tonnen Chemikalien. Die ausgeführten Güter bestanden in der Hauptsache aus Eisen und anderen Metallen (4338 T.), Nahrungs- und Genussmitteln (1108 T.) und Baumaterialien (990 T.).

Sonntagsruhe im Freiseigewerbe. Eine Volkstet-Verordnung wird, wie uns geschrieben wird, in aller Kürze erscheinen, welche die Schließung der Freiseigeschäfte der Zwangssetzung an Sonn- und Festtagen vorzieht. Die Freiseigewerkschaft in Lübeck hat bereits mit Rücksicht in Erwartung obiger Verordnung mit großer Mehrheit beschlossen, die allgemeinen Sonntagsruhe einzuführen. Die Freiseigeschäfte der Zwangssetzung sind also in Kürze an allen Sonn- und Festtagen geschlossen mit Ausnahme, wenn zwei aufeinanderfolgenden, wo dann jeweilig am ersten Feiertag, wie bisher, geöffnet ist.

Arbeitsmarktlage im Monat Mai. Die Gesamtlage des Arbeitsmarktes im Monat Mai war ebenfalls günstig. Die Zahl der offenen Stellen ging allerdings um ungefähr 300 und der durch den Arbeitsnachweis besetzten um annähernd 200 gegenüber den besonders günstigen Vormonat zurück. In der Landwirtschaft war ein gleichmäßiger Zuwachs in Angebot, in der Metallgewerbe war nicht ganz so aufnahmefähig wie im Monat April. Gleich groß war nur die Nachfrage nach einzelnen Spezialarbeitern, die jedoch auf dem Arbeitsnachweis nicht vorhanden waren. Das Holz- und das Bauergewerbe waren vollauf beschäftigt. Die Nachfrage nach Arbeitskräften konnten in diesen Berufen nur zur Hälfte gedeckt werden. Im Handelsgewerbe war eine kleine Besserung zu verzeichnen. Besonders erfreulich ist, daß für ungelernete und jugendliche Arbeiter die Beschäftigungsmöglichkeit besonders gut war. Auf dem weiblichen Arbeitsnachweis erhöhte sich im Anfang des Monats die Zahl der Arbeitsuchenden; sie verringerte sich aber im Laufe des Monats ganz erheblich durch Anforderungen der Konsumfabriken für Innen- und Außenarbeit.

Ein Heiratschwindler stand am Dienstag vor dem Schöffengericht. Es ist der Arbeiter W., der mit seiner Ehefrau in Scheidung lag. Während der Scheidungslage lernte er die Witwe S. kennen. Er versprach ihr die Ehe und verlobte sich auch mit ihr. Um nun ein Geschäft anzufangen, wollte er von der Verlobten Geld leihen. Diese hatte aber kein bares Geld, sondern gab ihm 2 Pfandbriefe zu 4000 Mark. Diese übergab er der Firma M. & M. um Waren zu erhalten. Später lernte er eine Witwe B. in Regna kennen. Auch hier logierte er sich ein und knüpfte mit dieser Frau ebenfalls ein Liebesverhältnis an. Es kam auch zur Verlobung. Als jedoch die Verlobte davon Wind bekam, daß er verheiratet war, hielt sie ihm dies vor. Der Angeklagte bestritt dies und sagte, daß es die Frau und Kinder seines verstorbenen Bruders seien. Schließlich kam dennoch die ganze Schwindelaffäre an den Tag. Für Kost und Logis, sowie bares Darlehen hatten Frau S. 1500 Mark von dem Verlobten zu fordern. Inzwischen hatte der Heiratslügler sich wieder mit seiner Ehefrau vertragen, so daß aus der Scheidung nichts wurde. Der Heiratslügler erhielt für sein Liebeswerben 6 Wochen Gefängnis.

Verurteilung. Wir brachten vor einiger Zeit einen Schöffengerichtsurteil über den Händler Lamm und knüpfen daran die Bemerkung, daß Herr Lamm als einer der Hauptzeugen im Prozeß Gid aufgetreten und früher Heilungshausausgänger gewesen sei. Diese Bemerkung beruht auf einem Irrtum unseres Berichterstatters. Wie uns Herr Lamm mitteilt, hat er niemals eine Zwangsbeziehung oder etwas dergleichen durchgemacht, vielmehr kann er, Lamm, nachweisen, daß er bis zu jener Gerichtsverhandlung ein völlig einwandfreies Leben hinter sich hat. Unsere Bemerkung über die frühere Gid'sche Erziehungsanstalt und die weiteren daraus gezogenen Folgerungen sind also im Falle Lamm hinfällig.

Küdnitz. Eine Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins fand am Mittwochabend bei Dickmann statt. Genosse Schulz-Lübeck hielt einen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag über „Den Kampf gegen die Republik“. Er geißelte scharf den in letzter Zeit sich

Ueber „Das Werden Russlands“
richtet heute abend im Gewerkschaftshaus Prof. Abramowitsch-Kupland. Keiner fehle.
Der Vorstand des A.O.B.

immer mehr ausbreitenden nationalistischen Kummel und schilber eingehend die von monarchistischer Seite entworfenen Vorläufe gegen die Republik. Auch das Urtat auf Scheidemann und die Vorgänge in Königsberg und Münden wurden kritisch beleuchtet. Einig und geschlossen müsse die gesamte Arbeiterkraft für die republikanischen Erwerbungen eintreten. Bei der Ergänzungswahl des Vorstandes wurde Genosse R. a. g. e. Dummerdorf zu Vorsitzenden und Genosse W. e. f. als Beisitzer gewählt.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.
Aktion, Bürgerfraktion! Freitag nachmittag 6 Uhr Sitzung im Rathaus. Vollständiges und pünktliches Erscheinen notwendig.

Haustheater. Die große Revue „In Lübeck ist der Teufel los“ wird nur noch bis 19. Juni auf dem Spielplan bleiben. Das Gastspiel Gebrüder Wolff ist bis zum 19. verlängert. Am Donnerstag wird die Soubrettepartie von Frau Hansi Köske gespielt.

Angrenzende Gebiete.

Mölln. Billiges Wasser verschaffte sich der Meierei besitzer D. Evers hier dadurch, daß er ohne Wissen der Stadtwirtschaft seinen, viel wasserverbrauchenden Betrieb an die städtische Wasserleitung angeschlossen. Als es zu Pfingsten der Verwaltung fast unmöglich war, das benötigte Wasser heranzuschaffen, wurde eine Untersuchung angestellt und der angeführte Tatbestand festgestellt. Der Verbrauch durch Evers soll im Durchschnitt täglich 120 Kubikmeter betragen haben. Diese Handlungsweise ist diebstahl. Wenn Evers nun auch das verbrauchte Wasser bezahlen muß — es wird behauptet, daß er den verbotenen Anschluß seit 1916 hat —, so muß doch im allgemeinen Interesse gefordert werden, daß gegen den Mann, der auf so hinterlistige Weise die Allgemeinheit schädigt und der während des Krieges der Bevölkerung kaum die rationierte Magermilch verabfolgte, sondern aus dieser Magermilch Käse für Bessersituerte herstellte, und in der Nachkriegszeit für hohe Milchpreise eintat, vor den Strafrichter gebracht wird. Wir fordern von der zuständigen Instanz, daß sie hier entschieden vorgeht.

Boizenburg. Den Flammenloos erlitt die Frau eines Gastwirts, die beim Erwärmen des Fußbodens von dem plötzlich in Brand geratenen Öl bespritzt wurde. Lichterloos brennend stürzte sie in die Stube, wo ihr Mann sofort die Flammen dämpfte, doch starb sie alsbald an den schweren Brandwunden. — Tödtlich verunglückte der Bote K. auf dem Gute Stieslitz, der von dem Treibriemen eines Motors erfaßt und mit herumgeschleudert wurde.

Altona. Uebermals Großfeuer. Am Mittwoch brach in der Lapetenfabrik „Gania“ in der Kruppstraße ein gewaltiges Feuer aus. Der ganze Gebäudekomplex war von Flammen, die bis 40 Meter emporstiegen, eingehüllt. Die Feuerwehr bekämpfte aus 36 Schläuchen den Brand. Der gesamte Warenbestand und die Rohstoffe sind total vernichtet, ebenfalls zerstört sind die Tapetendruckmaschinen, nur die Kraftanlage ist erhalten geblieben. Der Schaden beläuft sich auf rund 100 Mill. Mark. Der Betrieb kann in absehbarer Zeit nicht aufgenommen werden.

Meldorf. Mehr als 333 Mark für das Gitter Milch 5 Mark für ein Glas Milch, dreimanntel Alter, wurde den Ausflüglern in einem süderdithmarscher Ausflugsort abgenommen, das sind 33 Mk. für das Alter!

Lüneburg. Massenverhaftungen. Seit längerer Zeit verschwanden aus dem hiesigen Güterschuppen beträchtliche Mengen Stückgüter, namentlich Spirituosen. Durch verdächtige Aussagen eines Kutschers gelang es jetzt, die bis weit über das Jahr 1920 hinausreichende Angelegenheit aufzudecken. Außer Güterschuppenbesitzern sind auch hiesige Gastwirte und Kausleute wegen Hehlerei in die Angelegenheit verwickelt. 16 Eisenbahnbedienstete, vier Kollkutscher und zehn Privatleute sind bislang verhaftet worden.

PUTZ-REINIGER-UNTER-GRÜNDLICH-REINIGUNG

Deutsche Kolonisten in Brasilien.

Von Dr. Colin Rog.

Mein Reisekamerad war vor dreizehn Jahren eingewandert. Er war ein junger Bursch, der keine vier Jahre im Feld gewesen war und dann hinüberging, ohne jemand zu kennen, als daß dort Deutsche wohnen. Bei ihnen dachte er Arbeit und Brot zu finden.

Über beinahe wäre er dabei verhungert. Die deutsch-brasilianischen Kolonisten sind wie alle Savern gegen Fremde mißtrauisch und gegen deutsche Landbesitzer sind sie es ganz besonders. Die „Deutschländer“ gelten bei ihnen als arbeitslos und anspruchsvoll; es ist schwer zu sagen, wer schuld daran ist, einzelne Einwanderer und Schwindler, die sich kurz nach Kriegsende in den deutsch-brasilianischen Kolonien herumtrieben, sich als Kriegsverlierer ausgaben und die teilnahmsvolle Güternähe der Deutschbrasilianer für sich auszunutzen, oder die deutsch-brasilianische Freigebigkeit, die diesen mit allen Mitteln gegen das heutige Deutschland und insbesondere seine Arbeiter geht.

Genau, der junge Einwanderer zog vergeblich von Hof zu Hof, überall abgewiesen, bis er schließlich am Ende seiner Kräfte und seiner Mittel Arbeit und Unterkommen fand. Von da an war er glücklich; denn sein erster Arbeitgeber empfahl ihn weiter, und so geht es jetzt, immer an Hand von Empfehlungen, von einer Kolonie zur anderen.

An sich wäre Arbeit genug vorhanden, so daß es nicht erst einer Empfehlung bedürfen sollte, um sie zu bekommen. Ein Liebhaber arbeitet allerdings der deutsch-brasilianische Kolonist nur mit seinen Familienmitgliedern. Wenn von einem besonders reichen Bauern die Rede ist, so kann man oft genug hören: ja der, der hat auch fünfzig Kinder!

Kinder sind hier eben noch Segen, auch im wirtschaftlichen Sinne. Jedes Kind mehr bedeutet bereits nach kurzer Zeit eine wertvolle Arbeitskraft. Volkswirtschaftler, die die Ursache für Kinderreichtum oder Kinderelend ausschließlich in wirtschaftlichen Gründen suchen, werden in Südbrasilien die volle Bestätigung ihrer Theorie finden; denn hier ist Kinderreichtum die Regel. Familien mit einem Dutzend Kinder sind nichts Seltenes, und auch solche mit 13, 16 und 18 Kindern kommen häufig genug vor.

Aus diesem Grund zählt der deutsch-brasilianische Bauer auch ungern und nur möglichst niedrige Löhne, wenn er schon jemand bezahlte Arbeitssuchen bezugslos muß. Bei seiner Unwissenheit und Verpflegung gibt es nicht mehr als 2 bis 3/4 Mk. für den Tag. Um bei diesen Löhnen und den hohen Kosten, die Befahrung und Hotel ausmachen, das zum Ankauf eigener Landes

erforderliche Kapital in absehbarer Zeit zu ersparen, muß man schon die eigene Energie meines Reisekameraden haben, der mit voll Sockel erzählte, daß er noch niemals auch nur einen einzigen Centavo für Tabak oder Bier ausgegeben habe.

Wirtschaften waren wir in Cruz Alta von der Hauptlinie abgezweigt und hielten nun in Juchy. Von der hochgelegenen Station sah man auf dem nächsten Hügel die lang ansteigende breite Straße mit den sauberen Häusern, auf dem höchsten Punkt die große Kirche. Vor wenigen Jahren war noch alles Urwald.

Von hier aus wird von Pionierbataillonen die Bahn gegen das angrenzende argentinische Misiones vorgetrieben. Die bisher fertiggestellte Strecke bis Santo Angelo wird noch von Militär betrieben. Aus diesem Grunde müssen wir jetzt nochmals umsteigen, trotzdem der Zug auf dem gleichen Gleise weiterfährt.

In den Wägen sind jetzt lediglich Deutschbrasilianer, alles Landbesitzer, Landkäufer, Neubezitzer. In Juchy saßen wir ein, als der Zug endlich mit lautendem Zug wieder in Bewegung trat. Links und rechts der Bahn kam gerader Urwald, dazwischen gestreut einzelne Parzellen von Reis und Tabak.

Von hier aus bis an den Grenzfluß Rio Uruguay ist noch jungbräunliches Land, die letzten Ländereien, über die Rio Grande de Sul verfügt. Kurz vor dem Krieg wurden hier noch deutsche Einwanderer angehebelt, mit allen Vorteilen, welche die „Immigracão“ gewährt. Heute hat man die Einwanderung gesperrt, d. h. nicht offiziell, nicht formell. Wer einwandern will, erhält nur Besoldung und Vergünstigungen werden nicht mehr gewährt.

Rio Grande will das noch verfügbare Land für seine eigenen Landbesitzer vorbehalten. In einer Linie sind dies die deutsch-brasilianischen und italienisch-brasilianischen Kolonisten; diese brauchen viel Land. Der väterliche Hof wird ja nicht unter die Kinder geteilt, aber einer erbt ihn und die anderen ziehen in die Stadt, sondern jeder Sohn erbt zur Hochzeit einen Besitz mindestens in der Größe des väterlichen. In diesem Zweck kaufen die Savern freiwillig in den reich vermögenden Urwaldgebieten Lohse für ihre Kinder, auf denen diese nicht anders anfangen, als es ihre Eltern getan, es sei denn der väterliche Wohlstand bereits so groß, daß der Kolonist unter Kultur stehende Kolonien aus zweiter Hand gekauft werden können.

In großen Wägen — es ist ein großer, durchgehender amerindianischer Wagen — fährt man nur von Landbesitzern und von Bodenbesitzern sprechen, von Gelehrten, wo noch Land zu haben und von den Bedingungen, zu denen es abgegeben wird. Dazwischen stehen die Frauen untereinander leise von der Wirkkraft, von Schönheit und Wais. Man hört unverständliche Worte, heftige und verdrängte Klänge. Aus Wägen wird ganz alte deutsche Musik gehört und Kreche, wie ich die Savernamen in Deutschland noch höre. Es ist ein eigenartiger Eindruck, deutsche Savernnamen zu hören, die in immer dichter werdenden Urwald hineingehen.

Sald wird es allerdings so dunkel, daß der Reis wie die Wellen eines schaumigen Meeres den Bahndamm umspült

und die alten Kiefern umranken Bäume sich wie Gespenster über ihn neigen. Schließlich hockt alles auf harten Bänken und schläft, bis der jähle Auf in Santo Angelo uns weckt.

Unergründliche Nacht und unergründlicher Schmutz. Wir fragen nach der Witwe Schirach, die man uns als Quartiermutter empfohlen. In der Ferne schimmern ein paar ungewisse Lichter. Sie weist man uns. Wir schultern den Kopf und treten den Marsch an, der eine Expedition durch Sumpf und Schlamm ist.

Die Natur im Juni.

Am Anfang des Monats, zur gewitterreichen Zeit, wenn Wärme und Feuchtigkeit vereint auf die Entwicklung einwirken, zeigt die Pflanzenwelt eine überreiche Fülle von Schönheiten; die Natur legt nochmals ihr schönstes Kleid an, das erst gegen Ende des Monats zu verblasen beginnt. Die Azazien (Robinien), Linden und Weichastanien beenden bald ihre Blüte, dagegen viele Wilder noch länger ihren schönen Schmuck aufweisen, wie Flieder, Jasmin, Brombeeren, Hundsröschen, Geißblatt und Liguster, die um die Wette blühen und duften. Im Garten entfaltet die Rose, der Blumenkönigin, ihre Knospen und schmückt im Bunde mit der Madonnenlilie, der Schwerlilie, der Pfingstrose, Nelke und anderen Sommerblumen und Stauden die Beete. Die Saaten sind aufgeschossen und wogen im Winde, eintönig wären sie, wenn nicht Mohr und Ritterporn, Kornrade und Kornblume, Unkräuter in den Augen des Landmanns, Blumen-schmuck im Auge des Naturfreundes, für Umwechslung sorgten. Reizvoll ist auch die Blüte des Getreides und der Gräser und noch unterhaltender, was da alles im Grün lebt und weht, raucht und jagt, kriecht und gefressen wird.

Im Walde sind jetzt die Laubvögel, Waldlaubvögel, Fitis, Weidenlaubvögel häufig zu hören, weniger zu sehen, da ihr Kleid sie schützt. Ähnlich ist es an den größeren Teichen und Seen mit den Rohrkränzen, die mit ihrem Reissbau erst dann fertig werden, wenn das Rohr hoch genug gewachsen ist. Ihr Gesang hat eigene Melodien, und schließt sich dem Frohlocken, dem Wassergeräusch, dem Windflüstern an. Ueberhaupt entfalten sich an den Gewässern sehr unterhaltende, hübsche Bilder. Die Wasserhühner führen ihre Jungen, die Kohldommel kleidet durchs Rohr, Störchenpfeifer und Flußuferläufer bewegen sich hurtig dahin, aber auch der Wanderrabe und die Rohrweibchen sind bezaubernd zur Stelle. — Unterm Hausdach zwitschert die Schwabe, während der Mauersegler, der oft mit ihr verwechselt wird, pfeifend und freischend durch die Lüfte rast. Manche Vertreter der Kleinvoegelwelt tragen schon wieder ein recht ver-schöneres Gewand, es sind die, die bereits ein Geleg groß gezogen haben, und schon wieder an ein zweites denken, so die Stare, Lerche, Ammer, die Zeigge, Gimpel und Zaunfänger. So heißt es nicht anders, gar häufig erregt die Welt im Juni, wenn nicht anderswärtiger Landregen all die Lebenslust und Fröhlichkeit wiederbringt.

Ans: Colin Rog, Edamerika, die anstehende Welt. Ged. 140 Mk. (Broschüre, Leipzig.) Mit Erlaubnis des Verlags drucken wir eine Probe aus dem internationalen Werk an, das Anstehende gibt aber ein wenig bekanntes, was es ist, das den deutschen Lesern nicht unbekannt sein kann.

Die Renten der Kriegsbefähigten.

In weiten Kreisen ist die Meinung verbreitet, daß die Kriegsbefähigten sich gegenwärtig auf Grund der ihnen nach dem Reichsversorgungsgesetz gewährten Bezüge erheblich besser stellen, als es während des Krieges der Fall gewesen ist. Würde man z. B. entsprechend der Entwertung der deutschen Mark einem Armamentierten nur die Rente gewähren wollen, die auf Grund des alten Mannschaftsversorgungsgesetzes einem Unteroffizier (Durchschnittsrente) zufließt, so müßte ihm gegenwärtig eine Rente von monatlich 521 Mark gewährt werden, denn für eine Goldmark müssen jetzt 70 Papiermark gerechnet werden, wie es aus der vom Statistischen Reichsamt errechneten Indexziffer und aus der letzten Note der Reparationskommission sich ergibt. Die Durchschnittsrente eines Armamentierten ohne Kinder in der Orisklasse A beträgt gegenwärtig jedoch nur 330,45 Mark monatlich. Dabei ist eine Kürzung der Rente auf Grund des Arbeitslohnrechts, die bei einem steuerbaren Einkommen von mehr als 7000 Mark einsetzt, noch nicht berücksichtigt. Vergleicht man die nach dem Reichsversorgungsgesetz gegenwärtig zustehende Rente der Kriegsbefähigten mit den Höchstlöhnen der Erwerbslosenunterstützung, so findet man, daß diese erheblich hinter der Erwerbslosenunterstützung zurückbleibt. Das Statistische Reichsamt legt bei der Berechnung seiner Indexziffer stets eine fünfköpfige Familie (Mann, Frau und 3 Kinder) zu Grunde. Errechnet man nach diesen Prinzipien die Reichsdurchschnittsrente eines vollständig erwerbsunfähigen Kriegsbefähigten, dem eine Pflegezulage nicht gewährt wird, so ergibt sich, daß die tägliche Rente um mehr als 16 Mark hinter den in Betracht kommenden Höchstlöhnen der Erwerbslosenunterstützung zurückbleibt.

Nur diejenigen Kriegsbefähigten, die einer Arbeit überhaupt nicht mehr nachkommen können, oder nur ein Einkommen von vier Dritteln der Erwerbslosenunterstützung haben, erhalten durch die Kriegsbefähigtenfürsorge gegenwärtig auf Grund eines Erlasses des Reichsarbeitsministeriums einen besonderen Fürsorgezuschuß. Mit diesem Fürsorgezuschuß wird gerade der Höchstlohn der Erwerbslosenunterstützung erreicht. Daß die Erwerbslosenunterstützung immer nur einen äußersten Nothbehelf darstellen und nur eine vorübergehende Maßnahme sein soll, ist auch von Seiten des Reichsarbeitsministeriums grundsätzlich anerkannt worden. Die Bezüge der Kriegsbefähigten müssen deshalb die Höchstlöhne der Erwerbslosenunterstützung wesentlich überschreiten, weil es sich hier — das hat das Reichsarbeitsministerium in einem Erlass vom 1. Dezember 1921 selbst ausgesprochen, um eine dauernde Unterhaltungsbedürftigkeit handelt. Würde man entsprechend dem Antrag des Reichsbundes der Kriegsbefähigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen die Renten um 100 Prozent erhöhen, so wäre damit der tägliche Höchstlohn der Erwerbslosenunterstützung, um 18 Mark im Durchschnitt überschritten. Die Renten würden bei Verdoppelung immer noch um mehr als 15 Mark hinter den vom Statistischen Reichsamt für eine Normalfamilie errechneten täglichen Lebenshaltungskosten zurückbleiben. Damit wird von amtlicher Stelle selbst anerkannt, daß es kein unbilliges Verlangen ist, wenn angesichts der ungeheuren Teuerung die Verdoppelung der gegenwärtigen Gesamthezüge für alle Kriegsbefähigten verlangt wird.

Das Bestreben des Reichsarbeitsministeriums geht aber dahin, denjenigen Kriegsbefähigten, die im Erwerbsleben stehen, eine Teuerungszulage so viel wie gar nicht zu gewähren. Dieser Standpunkt kann um so weniger geteilt werden, als ja die Kriegsbefähigten nur unter Aufwendung erheblicher Leistungsfähigkeit in Ausnahmefällen ein Einkommen wie ein Gesunder erreichen können. Es sei darauf hingewiesen, daß jede Verringerung des Besoldungsgesetzes automatisch eine Verringerung der Bezüge der Pensionempfänger bringt. Auch von diesen Personen bezieht ein großer Teil ein nicht niedriges Einkommen. Bei ihnen kommt noch hinzu, daß ihnen neben der automatischen Erhöhung ihrer Pensionsgebühren die Bezüge auf Grund eines anderweitigen Einkommens überhaupt nicht gekürzt werden. Der Reichsrat hat einen ihm vorgelegten Entwurf zu einem Pensionsfürsorgegesetz mit der Begründung abgelehnt, daß dieser in hohem Maße bedenklich sei, weil er den Nichtsteuer vor dem Arbeitsamen bevorzugt. Das trifft in viel größerem Maße auf die Kriegsbefähigten zu, weil bei ihnen bei einem steuerbaren Einkommen von mehr als 7000 Mark die Kürzung der Rente einsetzt und bei einem solchen von mehr als 14000 Mark eine Rente überhaupt nicht mehr gewährt wird, es sei denn, daß es sich um einen Schwerkriegsbefähigten handelt. Diesem wird dann nur noch die geringe Säuberungsbefähigung in Höhe 150 bis 900 Mark jährlich zugänglich. Teuerungszulage- und etwaigen Kinderzulagen gewährt. Bei demjenigen, der im vollen Erwerb steht, wird also durch das Gesetz schon selbst dafür gesorgt, daß er ja nicht zu viel an Rentenbezügen erhält. Es muß deshalb in den Reihen der Versorgungsberechtigten den schärfsten Widerspruch finden, wenn sie dadurch doppelt benachteiligt werden sollen, daß sie einen geringen Ausgleich der Teuerung nur dann erhalten sollen, wenn sie arbeitslos sind oder nur ein Einkommen haben, das die Höchstlöhne der Erwerbslosenunterstützung um 1/2 übersteigt. Zur Arbeitsfreudigkeit der Blinden, Verkümmerten und andern Schwerbeschädigten tragen solche Maßnahmen der Reichsregierung gewiß nicht bei.

Der Soziallohn.

Das „Korrespondenzblatt“ des ADGB veröffentlicht in seiner letzten Nummer einen Artikel über die Frage des Soziallohns, dem wir folgende Ausführungen entnehmen:

Neben der gleichenden Lohnskala beschäftigt der Soziallohn noch immer die weiten Kreise derer, die sich mit Lohnfragen befassen.

Der Soziallohn — unter dieser Bezeichnung hat sich der Familienlohn eingeführt — findet begeisterte Lobredner in den Kreisen bürgerlicher Sozialpolitiker und auch der Unternehmer. Weit mehr ablehnend stehen ihm die Arbeiter gegenüber. Nur im Lager der christlichen Gewerkschaften hat er auch unter den Arbeitern viele Anhänger, wobei aber weniger Lohnpolitiker als sittliche Gründe geltend gemacht werden. In der christlichen Gewerkschaftsprelle wird des öfteren darauf verwiesen, daß der christliche Arbeiter die Familie ethisch ganz anders bewertet, als der freigewerkschaftlich Organisierte. Dieser sei für Einschränkung der Kinderzahl, während in christlichen Kreisen viele Kinder für Segen gehalten würden. Das sind aber Fragen, die außerhalb jeder Lohnpolitik stehen, die infolgedessen auch bei der Stellungnahme auszuweichen haben, wobei wir auch dahingestellt sein lassen wollen, ob es sittlicher ist, Kinder in großer Zahl ohne Rücksicht darauf in die Welt zu setzen, wie sie ernährt werden können und was der Familienvater dazu beitragen kann, ihrem Fortkommen förderlich zu sein. Als besonderer Vorzug des Menschen gilt doch nur einmal, daß er mit Vernunft begabt ist oder es doch wenigstens sein soll.

Auch daß die sozialistisch genimmten Arbeiter für die Gleichheit der Existenzbedingungen sind, wird den Gewerkschaften vorgehalten und daraus gefolgert, daß sie für den Familienlohn kein mühen, da gleicher Lohn für Verheiratete und Unverheiratete verschiedene Lebensmöglichkeiten schafft. Dadurch werde der Grundgedanke der Solidarität verfehlt, der seinen Ausdruck in dem Worte finde: Einer für alle, alle für einen.

Wenn die Arbeiter von der erwünschten Gleichheit der Lebensmöglichkeiten reden, so haben sie das nie so aufgeföhrt, wie hier unterstellt wird. Sie haben vielmehr diese Gleichheit, die der Teilerkeit ganz außerordentlich wichtig ist, stets abgelehnt.

Es ist immer so gewesen, daß der Lohn der Leistung entsprechen sollte. In dieser Beziehung konnten die Unternehmer früher gar keinen Anstoß finden, der ihnen denn auch nicht erhoblich

gehabt nicht auskommen können, ist daraus erkländend. Deshalb ist umso auffälliger, daß die Unternehmer plötzlich ihr soziales Herz entdecken und nun für den Familienlohn schwärmen. Sie geben dabei an, daß auch sie für die Bezahlung der Leistungen seien, daß aber Zuschläge an den Verheirateten der besonderen Ausgaben wegen, die er zu machen habe, notwendig seien. Keinem von ihnen fällt aber dabei ein zu sagen, daß er den Verheirateten damit ein Geschenk zu machen beabsichtige. Verdient auch der Zuschlag werden.

In der „Arbeiter-Zeitung“ ist auch in diesem Zusammenhang offen ausgesprochen worden, daß die Unternehmer gezwungen seien, die Produktionskosten so niedrig wie möglich zu halten, und daß sie demzufolge die Entlohnungsweise bestmöglich dem tatsächlichen Bedarf jedes einzelnen Lohnempfängers anpassen müßten, dazu zwingt der wirtschaftliche Druck, unter dem wir stehen. Das ist ähnlich dem, was der Kölner Schlichtungsausschuß in einem Spruch vom September vorigen Jahres ausführte. Er sprach sich dort, entgegen dem Willen der Arbeiter, für Zuschläge für Verheiratete aus. In der Begründung wurde gesagt: „Die Arbeitsleistung muß wirtschaftlich gewertet werden. Die rechte Leistungsbeziehung ist jedoch eine gesunde Wirtschaft voraus, die es gestattet, jeden Arbeiter so zu bezahlen, daß er von seinem Arbeitsverdienst eine größere Familie angemessen unterhalten kann. Unsere zeitliche Wirtschaft ist jedoch nicht gesund, es ist nicht möglich, in ihr den Arbeitslohn so hoch zu bemessen, daß jede Arbeit davon eine größere Familie sorgenfrei ernähren kann.“

Alles das klingt, als höre man Anhänger der längst überwundenen Lohnfordertheorie, deren Anhänger glaubten, daß nur ein bestimmter Bruchteil des Kapitals als Lohn verausgabt werden könne, der sich nicht überschreiten lasse. Aber sagen wollen das diese Leute nicht, sie umkleiden nur mit allerlei Redensarten ihre dahingehende Meinung, daß es die Arbeiterschaft sei, die die Not der Zeit ganz allein auf sich nehmen müsse.

In der Zeit der riesenhaft anschwellenden Profite, in der Zeit der Kapitalverschönerungen und Gewinnverschönerungen, in der Zeit der Steuerdrückbergererei sollen zahlreiche Arbeiter sich gefallen lassen, daß ihnen der Lohn zur Verbilligung der Produktion gekürzt wird. Denn anderes ist es nicht. Die Unternehmer und die ihnen nahestehenden Kreise wissen ganz genau, wie groß der Abstand zwischen Verdienst und Preisen geworden ist. Sie können die Berechtigung der Lohnforderungen nicht in Abrede stellen, aber sie wollen durch den Soziallohn den Lebigen zwingen, die Lohnzulage für den Verheirateten zu zahlen.

Kein Arbeiter denkt daran, an den besonderen Verhältnissen der Verheirateten gleichgültig vorüberzugehen. Auch im „Korrespondenzblatt“ ist schon darauf hingewiesen worden, daß die Allgemeinheit ein Interesse an gesundem und tüchtigem Nachwuchs hat, und daß sie deshalb den Verheirateten in jeder Beziehung entgegenkommen muß. Hier liegt ein besonderes gesellschaftliches Interesse vor, das gesellschaftliche Verpflichtungen nach sich ziehen muß. Gesagt kann werden, daß auch die Unternehmer das anerkennen, aber sie meinen, solange könne der Verheiratete nicht warten. Nun, wenn Unternehmer und Arbeiter sich darin einig sind, dann wird es auch nicht schwer fallen, rasch etwas Gutes von Gesetzes wegen zu schaffen. Es wird das jedenfalls leichter sein und rascher gehen, als wenn der Soziallohn gegen den Willen der Arbeiter durchgeführt werden soll.

Gewerkschaften.

„Reichstreue“ / „kommunistisch“ / „gelb“.

Als mit der Revolution die früheren „Gelben“ in hellen Scharen zu den sozialistischen Organisationen flüchten, regte sich ihnen gegenüber ein gewisses Mißtrauen besonders in Gewerkschaftskreisen, das um so größer und berechtigter war, je radikaler sich diese Novembersozialisten gebärdeten. Ohne nun alle vordem indifferenten Arbeiter, Angestellten und Beamten, zumal aus den Staatsbetrieben, wo ihnen das Koalitionsrecht verwehrt war, mit den Gelben gleichzustellen, mußte es auffallen, daß sich gewisse Schichten, die die Gewerkschaftsbewegung kaum von Höhenlagen kannten und die nur aus den verzerrten Darstellungen der nationalpolitischen „Lokal-“ und „General-Anzeiger“ über das Gewerkschaftsleben „informiert“ waren, im Handumdrehen zu „Revolutionären“ entwickelt hatten. Diese Elemente erwiesen sich als die besten Rekruten der Kommunisten, die mit ihren Parolen gegen die „sozialverräterische“, „konterrevolutionäre“ Gewerkschaftsbürokratie verständnisvolle Sympathien bei diesen Gewerkschaftsfeinden fanden. Da sich weder die notwendige gewerkschaftliche und sozialistische Schulung durch Radikalisierung des nackten Egoismus erzeigen läßt, verlagert diese Gefolgschaft, sobald sie gewahrte, daß weder ihre egoistischen Erwartungen sich im Handumdrehen erfüllten, noch die kommunistischen Versprechungen eingelöst werden konnten. Sie verfiel zunächst wieder der Gleichgültigkeit und bald wieder der alten Gelbsucht. Ein Musterbeispiel für die Richtigkeit dieser Auffassung liefert „Der Deutsche“ in seiner Nr. 131 unter der Aufschrift: Die alten „Reichstreuen“ — die neuen „Gelben“ aus dem mansfeldischen Gebiet.

Das Blatt erinnert daran, daß in Mitteldeutschland vor allem im Mansfeldischen, vor dem Arteege zahlreiche „reichstreue“ Arbeitervereine bestanden, die eine Prätorianergarde der gewerkschaftsfeindlichen Arbeitgeber bildeten und die das Eindringen der Gewerkschaften in jenes Gebiet ungemein erschwert. Als die Revolution kam, veränderte sich die Lage blitzschnell. Jene mitteldeutschen Industriegebiete wurden zum Schauplatz der erbittertesten revolutionären Kämpfe. Inzwischen hat sich das Blatt wieder gewendet.

Auf den Kiebedischen Montanwerken sind bereits wieder 15 Werks-Knappenevereine gebildet, die, in einem besonderen Verband vereinigt, Anschluß an den gelben Nationalverband deutscher Berufsverbände gefunden haben.

Das Blatt schildert kurz die Tagung dieses Verbandes dieser Vereine in Deuben. „Mit Schingelera und Samassa wurde nationale Bestimmung gemitt. In bunter Reihe gab's Fackelzug, Zapfenstreich, Gebet, Wecken, Musikonzert, Gebetsfeier, Niederoriturge, Gedächtnisrede, Kranzniederlegung. Rede des Reichstagsabgeordneten Leopold in Bergmannsuniform Vorbeimarsch, Festball mit Girlanden und Fahnen in den alten deutschen Landesfarben, Fahnen der Vereine, Begrüßung Vaterlandshoch, Deutschlandslied Beifall, Konzert, Ball. Das war der Verbandstag.“

Ohne die kommunistischen Quertreiberei war es am Ende möglich, auch diese Arbeiter über ihre wirtschaftliche Lage aufzuklären, ihnen die gewerkschaftlichen Wege zu zeigen, auf denen sie allmählich vorwärtskommen konnten. So aber ist dieses in seinem Egoismus maßlos aufgepeitschte „revolutionäre Proletariat“ unserer Bewegung i trüber Erinnerung an den wahnwitzigen Tusch im Frühjahr vorigen Jahres auf Jahre hinaus verloren. So wie im Mansfeldischen ist es überall, wo die Lurkefänger sich austoben, an die niedrigsten Instinkte appellierten, um in „Weltrevolution“ zu machen. Die Zahl der neuen gelben und „vaterländischen“ Vereine und die Zahl ihrer Mitglieder ist in Berlin größer als im ganzen mansfeldischen Bezirk. Die Entfesselung des Egoismus ist leichter als die Erziehung zur Solidarität und zur Einsicht in die Dinge. Wollen die Gewerkschaften verhalten, daß ihren Streikführerorganisationen gegenübergestellt werden, daß das Her der Indifferenzen unsere Betreibungen sabotiert, dann müssen ihre Mitglieder der kommunistischen Quertreiberei entgegenzutreten. Es ist oemaa

Die Arbeitslosigkeit im Ausland. In England waren Ende April 17,4 v. H. der Gewerkschaftsmitglieder erwerbslos gemeldet. Von den rund 12 1/2 Millionen Mitgliedern der Arbeitslosenversicherung wurden am 10. April 1921 441 als völlig arbeitslos und 187 000 als Kurzarbeiter unterstellt. Darin zeigt sich wohl eine Besserung gegen die Vormonate, aber doch nur eine geringe, und die Arbeitslosigkeit ist nach wie vor das große Problem der englischen Wirtschaft.

Aus Italien liegen neuere Zahlen nicht vor. Bis Ende Februar ist ein ununterbrochenes Steigen der Arbeitslosigkeit zu beobachten. Der letzte Ausweis gibt 607 000 Arbeitslose an.

Die skandinavischen Länder zeigen eine geringe Besserung. Immerhin melben die dänischen Gewerkschaften noch Ende April 24 v. H. der Mitglieder arbeitslos an. Die skandinavischen Gewerkschaften geben für Ende März 31 v. H. der Mitglieder als arbeitslos an. Norwegen meldet 21 v. H. der Gewerkschaftsmitglieder arbeitslos.

In der Schweiz zeigt sich eine geringe Besserung. Jedoch sind noch immer Ende April fast 82 000 Vollerwerbslose gemeldet. Die Zahl der Kurzarbeiter ist noch gestiegen.

Aus aller Welt.

Unterföhlung bei der Reichseisenbahn. Nach Unterföhlung von 600 000 Mk. zum Nachteil der Reichseisenbahn ist seit dem 12. Juni der Eisenbahnsekretär Karl Reif aus Stuttgart flüchtig.

Religiöser Wahnsinn. Seit einigen Jahren besteht in Janowitz bei Stolp eine religiöse Sekte, welche früher an Sonntags Gebetsübungen abhielt. In der letzten Zeit fanden die Übungen jedoch an jedem Abend statt und dauerten bis 2 Uhr morgens. Jetzt erreichte der Unfug seinen Höhepunkt. Der Leiter der Sekte ließ abends, gegen 10 Uhr, das Geräusch verbreiten, ihm wäre eine Erscheinung gekommen, daß der Heiland um 8 Uhr am anderen Morgen aus einer Wolke nach Janowitz käme und seine Gemeinde mit in den Himmel nehmen würde. Die Mitglieder der Gemeinde wurden aus den Betten geholt nach dem Versammlungsort bei dem Gemeindevorsteher. Die jungen Mädchen schmückten sich mit weißen Kleidern usw. Während der ganzen Nacht dauerte der Aufruhr. Morgens mußte dann polizeilich eingeschritten werden. Der Hauptprediger wurde in Schußhaft genommen. Seine Ueberführung in eine Irrenanstalt ist inzwischen erfolgt.

Festnahme eines irrsinnigen Mörders. Die „Magdeburgische Zeitung“ meldet aus Schmalkalden: Von der Gendarmerie wurde der Arbeiter Dillingen festgenommen, der von der Polizei wegen der Ermordung seiner Frau und seiner 6 Kinder gesucht wird. Er war schon einmal verhaftet und einer Irrenanstalt zur Beobachtung überwiesen worden, aus der er ausgebrochen war.

Entgleisung des Budapest-Grazer Güterzuges. Der Grazer Güterzug infolge Schienenbruchs entgleiste. Die Lokomotive stürzte über die Böschung und riß mehrere Waggons mit sich. Von Budapest sind fünf Hilfszüge abgegangen. Bisher sind vier tote und ein Schwerverletzter geborgen.

Frauen auf Abzahlung. Auch bei den Zulassern herrschen teure Zeiten. Wie der dänische Schriftsteller Daaf Lind, der ein Jahr im Zulassland zugebracht hat, erzählt, nimmt dort die Vielweiberei ab. Die Gründe dafür sind jedoch nicht moralischer Natur, sondern müssen auf das Konto der Teuerung geschrieben werden. Eine gute Frau kostet jetzt acht Oshen, und der Markt liegt so fest, daß viele Väter ihre Töchter auf Abzahlung verkaufen. Der Mann bezahlt bei der Uebernahme einen Oshen und dann wöchentlich einen weiteren. Wenn der Käufer die Ratenzahlungen nicht pünktlich leistet, holt der Vater seine Tochter zurück. Ob er auch die Anzahlung zurückgibt, darüber wird nichts gesagt.

20 Jahre eingeschlossen wegen eines Tanzes. Um seine Tochter vor den Schlichkeiten und Versuchungen der Welt zu bewahren, hat ein dänischer Bauer sie 20 Jahre lang vollkommen eingeschlossen gehalten. Der Fall ist jetzt bekanntgeworden und ruft in den dänischen Blättern lebhaftere Erörterungen hervor. In dem Dorfe Smedjan in der Provinz Delarae war von 20 Jahren die 22jährige Tochter des Bauern Anders Jansson, ein lustiges, beschämendes Mädchen, einmal gegen den Willen ihres Vaters zum Tanze gelangt. Mithin erliefen dieser im Tanzaal, bis sie von ihrem Tänger fort und brachte sie nach Hause. Dort schloß er sie in ihrem Zimmer ein, und sie ist alle die Jahre hindurch darin geblieben; nur ganz selten einmal durfte sie auf einem Wege in Begleitung ihres Vaters einen Spaziergang machen. Das Mädchen durfte mit niemandem sprechen und niemand schreiben. Vor kurzem kam eine Frau mit ihr in Berührung, die sie zur Flucht veranlassen wollte, aber sie erklärte, dem Willen ihres Vaters gehorham bleiben zu wollen.

Allerlei Wissenwertes.

Die Stimme vom Himmel. Die Kopenhagener haben in diesen Tagen das neueste Wunder der Technik kennen gelernt, das einer ihrer Landesleute, Peter L. Jensen, erfunden hat. Es heißt „Magnavox“ (Große Stimme) und ist ein Lautverstärker von solcher Kraft, daß mit seiner Hilfe Worte, die von einem Balkon im vierten Stockwerk eines Hauses mit natürlicher Stimme gesprochen wurden, wie Hammerschläge über den darunter liegenden weiten Rathausplatz schallten. Der Erfinder führte selbst seine Schöpfung vor, die dem äußeren Ansehen nach von verblüffender Einfachheit zu sein scheint. Jensen rief in seinen Apparat ohne besonderen Stimmaufwand ein zweimaliges „Hallo“, das donnerähnlich über den Platz tönte. Die Kopenhagener, die keine Ahnung von dem Zusammenhang hatten, sammelten sich im Plaus auf dem Rathausplatz, der in wenigen Minuten von einer Menschenmenge angefüllt war. Nun wurden dem erstaunten Publikum sozusagen vom Himmel herab die neuesten Begebenheiten des In- und Auslandes verkündet. Jedes Wort war überdeutlich zu verstehen, und als gar ein Opernsänger beliebte Lieder ertönen ließ, wollte der Jubel der begeistertsten Menge kein Ende nehmen. Seinen Höhepunkt aber erreichte er, als man eine kleine Wetteruhr an das Sprachrohr stellte und ihr Tick-Tack mit Getöse über den Platz klang. „Magnavox“ soll der amerikanischen Luftflotte bereits große Dienste geleistet haben. Sie hat den Fliegern die Möglichkeit gegeben, vom Värm der Motore ungehindert Gespräche miteinander zu führen. „Die große Stimme“ ist in Amerika bereits populär und hat in Versammlungen von 100 000 Menschen gesprochen.

Sport.

Bereinigter Trommler- und Pfeiferkorps (d. 6. Bezirks). Heute abend, 7 1/2 Uhr, Hauptprobe zum Reichsarbeiterporttag auf Daniamnschof. Alle Vereine müssen erscheinen. (328)

Waisling I und Vorwärts II stehen sich am Freitag, dem 19. Juni, abends 7 Uhr, auf dem Kasernenhof im Gesellschaftsspiel gegenüber. Die Vorwärtsmannschaft muß sich wohl anstrengen, um gut abzuschneiden; da die Waislingler in letzter Zeit hübsche Spiele lieferte.

NE. Abmarsch der Genossen von Vorwärts am Sonntag, nach dem Durafeld. 12 1/2 Uhr vom Vereinslokal. Der Genossen von

Bekleidung

Förber & Goßmann
Feine Maßschneiderei.
Fernruf 2119.
Mühlenstraße 32.

J. H. Pein Markt 10/12.
Breite Straße 64/68.
Beste Bezugsquelle für Manufakturwaren, Betten,
Bettfedern, Herren- und Knaben-Garderobe,
Arbeits- und Berufskleidung.

Arbeiter! Arbeitshosen, Kagen, Herren-
u. Jünger-Anzüge kauft man
am besten bei **O. Peter**, Glockengießerstr. 81.

F. A. Müller Leinen - Wäsche.
Betten
Braut- und Kinder-Ausstattungen.

Heinrich Waller Breite
Straße 60
Herrenartikel, Wäsche, Krawatten, Handschuhe,
Hüte.

Ernst Wehde Herrenartikel.
Beckergrube 33.

Hut-Richter Breite Straße 20
Hüxstraße 44.
Fernruf 8443. Größte Auswahl. Billigste Preise.



Lübeck
Mühlenstraße 34.

Reserviert für
Franzen & Co. Holstenstr. 21.
Herrenartikel.

J. H. Evers Tuchhandlung.
Beste Bezugsquelle
für Tuche, Anzugstoffe, Paletot- u. Hosenstoffe.
Lieferung auch durch sämtliche Schneider-
meister.

Berta Döhrmann Nchf.
Holstenstraße 13/15.
Spezialhaus für Putz und Modewaren.

Emma Rösch Modeschau
Johannstraße.
Sämtliche Neuheiten in hellen
Hüten sind ein-
getroffen.

D. Wagner Damen- u. Kinderputz
Holstenstraße 8.

Carl Ritter gegründet 1801.
Spezialhaus f. Besatz-
artikel. Fernruf 8973. Breite Straße 26.

Handarbeiten modern, geschmackvoll
und preiswert kaufen Sie im Handarbeitsgeschäft
Witz. Fernruf 8383. Obere Wahnstraße 1.

Richard Haase Breite
Straße 37.
Fernruf 2890. Pelzwaren.

Gebr. Hirschfeld Breite Str. 39/41
Telephon 106.
Modehaus für Damen- und Kinderkonfektion.

struve & Baumeister
Damenkonfektion und Kleiderstoffe, Manufaktur-
waren. Breite Straße 58.

August Haerder & Co.
Lübeck. Damen- und Herren-Bekleidung.
Seiden- und Kleiderstoffe. Baumwollwaren.

Joh. Holst Inh. A. Lüders
Hüxstraße 55. Manufaktur- und Kurzwaren.

Karl Zegelin Johannisstraße 11.
Unterzeuge u. Strumpf-
waren. Knabenanzüge usw.

Friedrich Renner, Hüxstraße 49. Fernruf 2962.
Feine Herren- Maß- Schneiderei. Lager in- und
ausländischer Stoffe.

W. Rann Johannisstraße 16.
Korsetts jeder Art.

C. G. Yorkuhl Fünfhaus 12. Wäsche-
ausstatter. Herr.-Artikel.

Favorit, Johannis-
straße 7. Inh. A. Klaus.
Schneider, Reinig., Färb.,
Herren- u. Arb.-Artikel.

Karl Frosch, Aegi-
dienstr. 63. An- u. Ver-
kauf Kleiderst., Fuß-
wäsche und Bettzeug.

Travemünde

J. U. Kröger Gegr. 1782.
Fernruf 1.
Travemünde, Torstraße 1. Kolonialwaren, Brenn-
materialien.

J. Rickman, Travemünde
Fernruf 119. Kurgartenstraße 69/71.
Kolonialwaren. Brennmaterialien.

Geschäftliche Rundschau
und
Zeitungs-Dauer-Fahrplan

**Möbel und
Dekoration** **F. Kloetzen**,
Königstraße 65/67.
Möbel u. Dekorationen.

Ludwig Möller Mühlen-
straße 43.
Kunsthandlung, Kunstausstellung, Rahmenfabrik.

Boldts Möbellager
Herren-, Speise-, Schlafzimmer und Küchen-
einrichtungen. Fischergrube 25/27.

Tapeten

Johann Pamperin
Inh. Hermann Bützow. Moderne Inneneinrich-
tungen. Lübeck, Fernspr. 8633, Mühlenstr. 47.

Gebrüder Heick
Lübeck, Sandstr. 7. Fernsprecher 351. Gegr. 1876.
Tapeten- und Teppichgeschäft. Spezialhaus für
Innendekoration.

**Lübecker Stahlfeder-
Matratzen-Fabrik** Inh.
Carl Mühlke jr.
Fernruf 3282. Hundestraße 54.

Rehm, Beckergrube
18.
Fernsprecher 3601.

Carl Folkers Wohnungs-
Ausstattungsgeschäft,
Marlesgrube 23/25 und 28/32. Fernruf 2734.

Friedr. Matz Inhaber Paul
Engelbrecht.
Tapeten- und Teppich-Lager. Innendekoration.
Lübeck, Breite Straße 14. Fernsprecher 9076.
Gegründet 1808.

Karl A. F. Westphal
Spezialgeschäft für Teppiche, Gardinen, Möbel-
stoffe usw. Untertrave 114/15, l., Ecke Holstenstr.

Eugen Zangerl Tapetenlager
Breite Straße 53, l.

**Lübeck-Büchener-Eisenbahn-
Gesellschaft**

Dauer-Fahrplan des Lübecker Volksboten.

Hamburg			Büchen			Eutin			Travemünde		
Lübeck	Hamburg	Lübeck	Lübeck	Büchen	Lübeck	Lübeck	Eutin	Lübeck	Lübeck	Travemünde	Niendorf
ab	an	ab	ab	an	an	ab	an	ab	ab	an	an
5:45	7:20	5:50	8:00	9:12	6:54	7:43	7:15	8:12	6:15	7:22	6:22
7:40W	8:50	7:00	1:30	2:47	11:45	1:00	9:47*	10:45	8:23	9:18	8:18
7:47	9:21	8:00D	4:15			* 1:23	12:13	1:09	12:24*	1:21	1:21
9:25D	10:25	8:40D	5:30	6:32	3:27	4:42	1:42	D 2:25	2:53	3:38	3:38
11:08	12:25	10:17	9:35	10:22	7:22	8:40	2:00	2:58	7:44	S 8:54	8:54
1:20	2:55	12:22					7:55	8:57	8:03	9:16	9:16
3:44	5:02	3:10									
4:17	5:58	3:30									
7:16D	8:20	5:36									
7:22	9:00	5:45									
8:20D	9:15	6:35D									
9:20	10:47	7:25									
9:25	11:17	9:00									
		11:30									
		1:05									

Niendorf
ab
11:00
11:15
11:30
11:45
12:00
12:15
12:30
12:45
13:00
13:15
13:30
13:45
14:00
14:15
14:30
14:45
15:00
15:15
15:30
15:45
16:00
16:15
16:30
16:45
17:00
17:15
17:30
17:45
18:00
18:15
18:30
18:45
19:00
19:15
19:30
19:45
20:00
20:15
20:30
20:45
21:00
21:15
21:30
21:45
22:00
22:15
22:30
22:45
23:00
23:15
23:30
23:45
24:00

Travemünde
ab
6:00
6:15
6:30
6:45
7:00
7:15
7:30
7:45
8:00
8:15
8:30
8:45
9:00
9:15
9:30
9:45
10:00
10:15
10:30
10:45
11:00
11:15
11:30
11:45
12:00
12:15
12:30
12:45
13:00
13:15
13:30
13:45
14:00
14:15
14:30
14:45
15:00
15:15
15:30
15:45
16:00
16:15
16:30
16:45
17:00
17:15
17:30
17:45
18:00
18:15
18:30
18:45
19:00
19:15
19:30
19:45
20:00
20:15
20:30
20:45
21:00
21:15
21:30
21:45
22:00
22:15
22:30
22:45
23:00
23:15
23:30
23:45
24:00

Lübeck
ab
6:00
6:15
6:30
6:45
7:00
7:15
7:30
7:45
8:00
8:15
8:30
8:45
9:00
9:15
9:30
9:45
10:00
10:15
10:30
10:45
11:00
11:15
11:30
11:45
12:00
12:15
12:30
12:45
13:00
13:15
13:30
13:45
14:00
14:15
14:30
14:45
15:00
15:15
15:30
15:45
16:00
16:15
16:30
16:45
17:00
17:15
17:30
17:45
18:00
18:15
18:30
18:45
19:00
19:15
19:30
19:45
20:00
20:15
20:30
20:45
21:00
21:15
21:30
21:45
22:00
22:15
22:30
22:45
23:00
23:15
23:30
23:45
24:00

Wochentags
W = Wochentags,
S = Sonntags,
D = D-Zug.

Wullbrandt & Co., G. m. b. H.
Rosengarten 10. Kanalstraße 3/5. Fernruf 3487. Kohlen, Koks, Briketts.

Erich Schauer, König-
str. 45. Emaille-, Alum.,
Haus- u. Küchengeräte.

Allgemeines

Stempel - Weichert,
Burgwitz Nachl., Becker-
grube 15.

Fritz Derlien
Hüxstraße 107.
Samen- u. Futterhandlg.

Haare und Felle
kauft Hartengrube 5
R. Lissauer

Blumen -Krause. Fernruf 1480.
Beckergrube 8.

Hans Köster Ingenieur.
Techn. Bureau.
Elektr. Licht- u. Krananlagen. Beleuchtungskörper.

Ernst Haukohl Mühlenstraße 49.
Glas, Porzellan, Hausstandssachen. Braune irdene
Waren.

Zeichen-Artikel für Schule und
Technik.
Seyler u. Liebig, Beckergrube 3.

Deecke & Boldemann
Wahnstraße 18. Versicherungen aller Art.

Neumann & Erdmann, Spezialhaus
für Schreib- u. sonstige Bureaumaschinen.
Fernruf 1870. Breite Straße 53, l.

Ludwig Malzahn Haus-
und Hypothekmakler.

H. Mecklenburg & Co.
Fernruf 99 und 299. Mengstraße 52.
Pack- und Pergamentpapier.

Lübecker Badeanstalt
Fernruf 1243. Hüxstraße 190. Elektr. u. sämil.
medizinische Bäder. Römische von 3 bis 6 Uhr.
Dienstag und Freitag für Damen.

Joh. Möller Orthopädisches Maß-
geschäft.
Fernruf 1852. St. Anzenstraße 19.

Heinrich Bade Vertreter von Diamant-,
Fresio- u. Mars-Fahrrädern. Reparaturen. Fahr-
rad- u. Nähmaschinenhandlung. Mühlenbrücke 2a.

Dr. med. H. Woffermann & Ge.
Bruchbänder, Leinbänder, sämtliche Artikel zur
Krankpflege. Fernruf 8225. Beckergrube 2.

B. Glogner & Co. Kanal-
str. 32/34.
Eisen, Stahl, Schrot, Metalle.

Heinr. Pagels Breite Str. 91/93,
Hüxstr. 6/16.
Für Sie die große Auswahl; in Oelen,
Herden, Waschkesseln, Toiletten, Badewannen,
Wand- und Fußbodenplatten, Fabrikat Villeroy &
Boch.

Selig L. Cohn Fernruf 2153.
Wahnstr. 62.
Rohprodukte, Eisen, Metalle.

J. F. B. Grube Am Markt u.
Kohlmarkt 5.
Eisenwaren, Haus- und Küchengeräte.

F. Erdmann Glockengießerstr. 61. F. 2751.
Ankauf von Rohprodukten, Eisen, Metallen, Akten,
Geschäftsbüchern zum Einstampfen.

Ernst Boie, Kanalstraße 24.
Versicherungen aller Art.

Hermann Richelsen
Lübeck, Sandstraße 16. Aussteuer-Magazin für
Haus und Küche, Glas, Porzellan, Luxuswaren.

Otto Longuet Gebirgsbahn u.
Familienleistungen.
Lübeck, Kanalstraße 18/19.

Friedrich Michael Samenhandlung
Breite Straße 33.

J. U. Kröger Gegr. 1782.
Fernruf 1.
Travemünde, Torstraße 1. Kolonialwaren, Brenn-
materialien.

Grabmäler billigst. **Ludwig Bruhn**,
Granit- und Marmorwerk.

J. Rickman, Travemünde
Fernruf 119. Kurgartenstraße 69/71.
Kolonialwaren. Brennmaterialien.

J. Ruhland Lübecker Kunststeinwerke.
Grabmäler, Baumaterial. Falkenstraße.

Banken u. Industrie

Bankhaus Fritz Kiemstedt
Kommandit-Gesellschaft, Lübeck, Holstenstraße
Fernsprecher 8173, 983. Telegr.-Adr.: Nordbank
Reichsbank-Giro-Konto. Postscheck-Konto Ham-
burg 92658. Erledigung sämtlicher Bankgeschäfte

**Louis Wolff, Komm.-Ges.
Bank.**

**Alfons Frank & Co.
Bank.**

**Vorschuß- und Spar-Vereins-
Bank in Lübeck** Fleischhauerstr. 17-19,
Ecke Königstraße. Depositen 4% bei 6mon
Kündigungs.

Reserviert für
Lubeca-Werke

Vereinsbrauerei Walkmühle
H. Lück. Fernruf 284. Lagerbier, Pilsner, Porter.

B. Löt., Bohr., Leim. usw
verw. m. d. Blechp., Hansa'

**Zigarren und
Tabak** **A. Röhrich** Holstenst. 2,
Eck. Schüsselb. Zigarren,
Zigaretten, Tabak. F. 274.

Lübecker Kautabak
von **Chr. Floto**. Zu haben in allen ein-
schlagigen Geschäften.

Wieghorst & Jasper
Inh. C. A. Jasper, Geibelplatz 4, Fernsprecher 518.
Fabriklager d. Tabakfabr. Arnold Böninger, Duis-
burg. Verk. z. Fabrikpr. nur an Wiederverkäufer.

Hermann Wieghorst Am Markt,
Ecke Weiter
Krambuden. Zigarren, Zigaretten, Tabake.

Karl Jensen Zigarren-Spezialhaus.
Ecke Hüxstraße. Mittlere Preise, gute Ware.

Heinrich Kähler Dornestraße 5
Tabak, Zigarren und Kolonialwaren.

Installationen mit Werkstätten
Zentralheizungen
Wärmepflegeleistungen
Lübeck, Kanalstraße 18/19
Wilmanns & Mühlentempel

Ernst Püstow Elektrische Anlagen.
F. 8589. Mühlenstr. 71.

Carl Jess Elektromechanische Werk-
statt. Hüxstr., Ecke König-
straße. Musikwaren. Eigene Zahnradfräseerei.

Neu versilb. w. alte Metallgegenst. bei Gegenzahlg.
v. altem Silber. **Joach. Fokuhl**, Mühlenstr. 77.

Franz Heitzer Klempnerei, Installation. Fackeln.
Allee 48. Beleuchtungsk., Hausstandss. F. 2308.

Schwartz

Geertz Hotel am Riesebusch.
Jed. Sonntag Konzert.

Uhren, Goldwaren große
preiswerte Auswahl. Trauringe. Eigene Reparatur-
Werkstatt. **Brüggmann**, Schwartzau, Markt 18.

Ernst Blöcker am Markt. Kolonial-
u. Eisenwaren, Haus-
standsartikel und Porzellan.

Fahrzeuge u. Nähmaschinen
G. m. b. H. Eufiner Straße 1.

Meierei Eitel Meiereiprodukte.
F. 2144. Schulstr. 1.

Bäckerei u. Konditorei
Heinrich Rau, Kücknitz.

Karl Schumann, Malermeister, Kücknitz.
Ausführ. sämil. Malerarbeiten, einfach. u. bess. Art.

Gasthof „Stadt Lübeck“
Inh.: **Ernst Faase**, Kücknitz.

Kaufhaus Max Kankel
Schlutup.

Willi Richter, Schlutup, Lübecker Str. 19.
Uhren. Reparaturwerkstätte.

Bäckerei und Konditorei Herm. Haase
Schlutup, Lübecker Straße 46.

Otto Hasenow Schlutup. Uhr- u. Goldw.
Zigarr., Zigaretten, Tabak. Farben, Kolonialwaren.

Heinrich Thielbahr,
Schlutup. Drogen.